



Stadtratssitzung
Donnerstag, 12. Dezember 2013, 17.00 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- Nummer
1. Geschäftsreglement des Stadtrats (Stadtratsreglement; GRSR) vom 12. März 2009; Teilrevision, 1. Lesung (AK: Widmer)	2007.SR.000024
2. Motion Stefan Jordi (SP): Fuss-/Velowegverbindung Petruskirche (Kalcheggweg) - Thunplatz; Abschreibung (PVS: Stampfli / TVS: Wyss)	2005.SR.000148
3. Dringliches Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Tramregion Bern: „Murks“ oder eine Lösung für die Zukunft? Ideale Anschlusspunkte für die Region in den Quartieren – Schaffung einer Ringlinie und Anbindung von Bern Belpmoos (TVS: Wyss)	2013.SR.000285
4. Kleine Anfrage Fraktion GLP (Michael Köpfli, GLP): Ist der Umfang der Überwachung von Quartierentsorgungsstellen angemessen? (TVS: Wyss)	2013.SR.000394
5. Kleine Anfrage Christa Ammann (AL): Anerkennung von Freiwilligenarbeit bei der Vergabe von subventionierten Kita-Plätzen (BSS: Teuscher)	2013.SR.000395
6. Interpellation Fraktion GB/JA! (Mess Barry, GB): Bessere Chancen für Migrantinnen und Migranten auf dem Schweizer Arbeitsmarkt: Sprachkurse als Schlüssel für die Integration. Nur mit Sprachkenntnissen und Akzeptanz gibt es eine Garantie für eine erfolgreiche Integration (BSS: Teuscher) <i>verschoben vom 31.10.2013</i>	2013.SR.000034
7. Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Gleich lange Spiesse für Back-packers und Jugendherbergen (FPI: Schmidt)	2013.SR.000396
8. Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP (Hasim Sancar, GB/Claude Grosjean, GLP): Finanz-Oberaufsicht des Stadtrates stärken!; <i>Ab- lehnung</i> (FPI: Schmidt) <i>verschoben vom 14.11.2013</i>	2012.SR.000319
9. Postulat Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Bericht über den Saldo der direkten und indirekten Finanzströme zwischen Stadt und Kanton Bern; <i>Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht</i> (FPI: Schmidt) <i>verschoben vom 14.11.2013</i>	2012.SR.000355

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 24	1269
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	1271
Mitteilungen des Präsidenten	1272
1 Geschäftsreglement des Stadtrats (Stadtratsreglement; GRSR) vom 12. März 2009; Teilrevision, 1. Lesung	1273
2 Motion Stefan Jordi (SP): Fuss-/Velowegverbindung Petruskirche (Kalcheggweg) – Thunplatz; Abschreibung	1282
3 Dringliches Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüeegsegger, SVP): Tramregion Bern: „Murks“ oder eine Lösung für die Zukunft? Ideale Anschlusspunkte für die Region in den Quartieren – Schaffung einer Ringlinie und Anbindung von Bern Belpmoos	1282
4 Kleine Anfrage Fraktion GLP (Michael Köppli, GLP): Ist der Umfang der Überwachung von Quartierentsorgungsstellen angemessen?	1289
5 Kleine Anfrage Christa Ammann (AL): Anerkennung von Freiwilligenarbeit bei der Vergabe von subventionierten Kita-Plätzen	1290
6 Interpellation Fraktion GB/JA! (Mess Barry, GB): Bessere Chancen für Migrantinnen und Migranten auf dem Schweizer Arbeitsmarkt: Sprachkurse als Schlüssel für die Integration. Nur mit Sprachkenntnissen und Akzeptanz gibt es eine Garantie für eine erfolgreiche Integration	1291
7 Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Gleich lange Spiesse für Backpackers und Jugendherbergen	1295
Mitteilungen des Präsidenten	1295
Schlusswort des Präsidenten	1296
Schlusswort des Gemeinderats	1297
Eingänge	1299

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Rudolf Friedli

Anwesend

Katharina Altas	Isabelle Heer	Patrizia Mordini
Christa Ammann	Erich Hess	Esther Oester
Peter Ammann	Karin Hess-Meyer	Stéphanie Penher
Rania Bahnan Buechi	Kurt Hirsbrunner	Judith Renner-Bach
Mess Barry	Mario Imhof	Pascal Rub
Sabine Baumgartner	Daniel Imthurn	Kurt Rügsegger
Lea Bill	Ueli Jaisli	Sandra Ryser
Manfred Blaser	Roland Jakob	Leena Schmitter
Yasemin Cevik	Bettina Jans-Troxler	Martin Schneider
Rithy Chheng	Stefan Jordi	Hasim Sönmez
Nathalie D'Addezio	Dannie Jost	Lena Sorg
Michael Daphinoff	Nadja Kehrl-Feldmann	David Stampfli
Bernhard Eicher	Philip Kohli	Michael Steiner
Susanne Elsener	Fuat Köçer	Matthias Stürmer
Tania Espinoza Haller	Michael Köpfli	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Martin Krebs	Luzius Theiler
Claudio Fischer	Marieke Kruit	Lilian Tobler
Benno Frauchiger	Lea Kusano	Regula Tschanz
Jacqueline Gafner Wasem	Annette Lehmann	Gisela Vollmer
Simon Glauser	Daniela Lutz-Beck	Nicola von Greyerz
Thomas Göttin	Martin Mäder	Manuel C. Widmer
Hans Ulrich Gränicher	Peter Marbet	Patrick Wyss
Claude Grosjean	Lukas Meier	Rolf Zbinden
Franziska Grossenbacher	Melanie Mettler	

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour	Daniel Klauser	Michael Sutter
Dolores Dana	Christine Michel	Christoph Zimmerli
Lukas Gutzwiller	Halua Pinto de Magalhães	

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	Ursula Wyss TVS
Alexandre Schmidt FPI		

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Eva Schmid, Protokoll

Nik Schnyder, Ratsweibel
Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden sich im [Anhang](#).

Mitteilungen des Präsidenten

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich begrüsse Sie zur Sitzung. Wir führen heute nur eine Nachmittagsitzung durch. Michael Sutter hat einen Velounfall gehabt. Wir wünschen ihm gute Besserung. Ich habe seitens von Sue Elsener ein Rücktrittsschreiben erhalten, welches ich Ihnen vorlese: „Sehr geehrter Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nach 7½ Jahren trete ich nun aus dem Stadtrat zurück. Dies, weil meine beruflichen Belastungen stetig ansteigen und die zeitlichen Ressourcen nicht entsprechend grösser werden.

In meiner Zeit als Stadträtin für die GFL habe ich so einiges gesehen: von Guggen im Ratsaal an der Fasnacht über die Zeiger der Rathausuhr nach einer Budgetdebatte auf 03.12 Uhr bis hin zu einer Vorlesung im CERN, als Peter Künzler Stadtratspräsident war. So habe ich mit euch viel gelernt über die Berner Lokalpolitik und ebensoviel darüber gelacht oder getobt. Einiges war spannend, anderes eher ermüdend. So habe ich nie ganz verstanden, wie man nach dem Lesen der Tageszeitung sofort in die Tasten greifen kann und zu Tagesaktualitäten einen Vorstoss schreibt, der sich entweder in zwei Wochen bereits von selber erledigt hat oder sich nicht in unserem Kompetenzbereich befand. Damit wird die Verwaltung unnötig beschäftigt und die Ratssitzungen verlängert. Alle stöhnen über die Vorstossflut, trotzdem muss zum x-ten Mal eine Motion zu einer Strasse im Westen von Bern eingereicht werden, die dann eh nicht durchkommt. Einige Themen von links bis rechts haben sich zu Running Gags entwickelt, die, minimal verändert, mehrmals im Jahr heftig diskutiert wurden und kaum zu neuen Erkenntnissen geführt haben. So hörte man immer die beinahe selben Voten zu den Themen Reithalle, Velo versus Auto oder „Tanz dich frei“ und geändert hat sich null-nix-nada.

Als sich Ueli Stückelberger vor einigen Jahren aus dem Stadtrat verabschiedet hat, hatte er die Vision von einem vorberatenden runden Tisch unter den Fraktionspräsidenten, an welchem die wichtigsten Themen bereits vorbesprochen werden könnten. Dieses effizienzsteigernde Element der interfraktionellen Zusammenarbeit für Sach- statt Parteipolitik ist leider nie Realität geworden. Dafür entstand ein anderes, in seiner Art weltweit einzigartiges überparteiliches Projekt:

Fraktionszwang! Vom heilpädagogischen BDPLer Tinu Schneider ins Leben gerufene erste Parlamentsband! So viel Harmonie gab es vorher noch nie zwischen GrüBü, GFL, SP, FDP, BDP und SVP! zwei CDs, 14 eigene Songs und einige erfolgreiche Auftritte gehen mittlerweile auf das Konto der ungewöhnlichen Combo. Ein Nebeneffekt ist die Möglichkeit, mit Menschen über politische Themen zu sprechen, mit denen man sonst höchstens Höflichkeiten austauscht. Aber auch die Einsicht, dass sich auch zwischen Personen mit völlig unterschiedlichen Meinungen Freundschaften entwickeln können. Ich wage zu behaupten, dass mit der Gründung der Stadtratsband das ganze Parlament menschlich ein Stück näher aneinander gerückt ist. Denn ein weiteres verbindendes Element haben alle in diesem Raum:

Die Liebe zu unserer wunderschönen Stadt. Auch wenn wir extrem unterschiedliche Art und Weisen haben, das Beste für unsere Stadt zu definieren, so ist es doch dieses Heimatgefühl, das den meisten unserer Songs und Vorstössen zu Grunde liegt. Bern ist eine Stadt, die von rechter Seite immer wieder als schmutzig und gefährlich beschrieben wird. Aber beispielsweise Hockeyspieler aus der halben Welt, die hier bei meinem Arbeitgeber unter Vertrag stehen und zum ersten Mal durch die Lauben wandeln empfinden Bern ganz anders: freundlich, gemütlich und gepflegt! Dafür sorgt unter anderem auch die gelebte grün-rote Politik der Stadt. Auch wenn unsere grünen Visionen noch viel weiter reichen würden und die Realität oftmals, wie beim FussgängerInnen-Kraftwerk, noch nicht mit den technischen Möglichkeiten Schritt

halten kann, ist es doch ein Ort, in dem man wohl sein kann und mitten durch die Stadt schwimmen darf. Naja, solange das nicht von irgendwelchen Voll-Kasko-Sicherheits-Fanatikern verboten wird ... Nun möchte ich noch ein wenig danken: zuallererst meiner Fraktion! Diese hat sich während der letzten drei Legislaturen zwar personell verändert, nicht aber in der politischen Haltung: so hat sich die Fraktion immer für ein ausgeglichenes, aber auch ökologisch und sozial sinnvolles Budget eingesetzt und dafür die Tradition von Brückenbauern gepflegt. Vor allem aber gab sie mir in dieser Zeit eine politische Heimat und man stand gegenseitig füreinander ein. Dies hat mir auch in anstrengenderen Phasen, vor allem während meiner Zeit in der SBK und rund um die Revision des Schulreglements, den Rücken gestärkt und Kraft gegeben.

Gerade in dieser Zeit habe ich auch unmittelbar gemerkt, welche wichtige Arbeit von unserem Ratsbüro verrichtet wird! Damals, 2010, fand auch gerade die Umstrukturierung von zwei auf einen Ratssekretär statt. Trotz der turbulenten Zeit hat das Team es geschafft, eine eher unerfahrene Präsidentin sicher durch dieses Jahr zu lotsen. Es ist definitiv keine einfache Aufgabe, das Berner Parlament durch alle Irrungen und Wirrungen der gesetzlichen Grundlagen zu führen und die ganze Hintergrundarbeit zu erledigen, damit der politische Alltag funktionieren kann. Danke euch allen!

Ich werde natürlich der Politik nicht ganz den Rücken kehren, sondern noch weiterhin da aktiv sein, wo es zum Beispiel für meine Berufe wichtig ist: Schulpolitische Fragen und Themen rund um Sport-Fans! Hier steht im Februar eine wichtige Abstimmung an: Die Konkordatsverschärfung! Sie ist ein Massnahmenkatalog, welcher völlig übers Ziel hinausschiesst! Sie beschränkt die Freiheit von ungefährlichen Matchbesucherinnen und Matchbesuchern und ist dennoch kein wirksames Mittel gegen Gewalterscheinungen um die Sportstadien, wie es uns leider immer wieder vorgegaukelt wird. Sie ist demnach klar abzulehnen!

Meinen Platz zwischen Daniela und Matthias nimmt in Zukunft Janine Wicki ein. Ich wünsche ihr eine ebenso spannende und erfahrungsreiche Zeit mit euch, wie ich sie hatte!

Da ich meinen Platz am Mikrofon von Fraktionszwang bis Ende Legislatur behalten darf, hoffe ich, euch bald bei einem Auftritt wiederzusehen und wünsche euch weiterhin, oder besser vermehrt, gute Zusammenarbeit im Dienste unserer Stadt nach dem Motto: Sachpolitik statt Parteigeplänkel! Danke!“ (*Applaus*)

Liebe Sue Elsener. Ich danke Ihnen für Ihren während siebeneinhalb Jahren für die Stadt geleisteten Einsatz. Ich habe Sie immer als sehr erfrischende Person erlebt und durfte nach der Stadtratssitzung vom 17. Oktober 2013 auch an dieser „Erfrischung“ teilhaben, indem Sie mir einen erfrischenden Caipirinha spendiert haben! Darauf werde ich am Ende der heutigen Sitzung noch zu sprechen kommen. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute, dass Sie mehr Freiheit haben werden und dass sich alles so entwickelt, wie Sie es gerne hätten.

2007.SR.000024

1 Geschäftsreglement des Stadtrats (Stadtratsreglement; GRSR) vom 12. März 2009; Teilrevision, 1. Lesung

Antrag der Aufsichtskommission

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag der Aufsichtskommission vom 18. November 2013 zur Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats (GRSR) vom 12. März 2009.
2. Der Stadtrat folgt dem Antrag der Aufsichtskommission und lehnt die von Luzius Theiler eingereichten Abänderungsanträge vom 10. Januar 2013 zu Artikel 16 Abs. 1, Artikel 19 Abs. 5, Artikel 50 Abs. 1, Artikel 58 Abs. 4, Artikel 59 Abs. 5, Artikel 61 Abs. 2, Artikel 63 Abs. 5 und Artikel 64 Abs. 2 vollumfänglich ab.

Bern, 18. November 2013

Abänderungsanträge Luzius Theiler (GPB-DA)

Art. 16 Präsidium

¹ Das Präsidium des Stadtrats bestimmt in Absprache mit dem Gemeinderat Tag und Traktandenliste der Sitzungen. **Die Geschäfte sind in der Regel spätestens zwei Monate nach Verabschiedung durch den Gemeinderat oder die zuständige Kommission zu traktandieren.** Vorbehalten bleiben Änderungen der Traktandenliste durch den Stadtrat am Sitzungstag.

Art. 19 Allgemeines

⁵ Die Mitglieder des Stadtrats sind berechtigt, den Kommissionen Vorschläge zu einem Verhandlungsgegenstand schriftlich einzureichen. **Die Fraktionen, die fraktionslosen Ratsmitglieder sowie auf Begehren weitere Ratsmitglieder erhalten die Traktandenliste und die Unterlagen zu den Geschäften mit einer Frist zur Einreichung von Anträgen oder unformulierten Vorschlägen zu Händen der betreffenden Kommissionssitzung.**

Art 50 Gang der Beratung

¹ Das Präsidium des Stadtrats erteilt das Wort wie folgt: der Sprecherin oder dem Sprecher der vorberatenden Kommission (Mehrheit, allenfalls Minderheit), den für Fraktionen Sprechenden (Fraktionserklärungen), den übrigen Mitgliedern des Stadtrats und anschliessend dem Gemeinderat. Weitere Wortmeldungen bleiben vorbehalten. Auf Antrag aus dem Stadtrat kann diese Reihenfolge geändert werden. **Die Sprecherin oder der Sprecher der vorberatenden Kommission beschränken sich auf die politische Beurteilung der Vorlage sowie auf die Widergabe der in der Kommission gestellten Fragen und kontroversen Meinungen.**

Art. 58 Arten und Form

⁴ Der Gemeinderat nimmt, mit Ausnahme Kleiner Anfragen, schriftlich zu Vorstössen Stellung. Die Antwort ist in der Regel kurz zu halten. **Stellungnahmen des Gemeinderates, die zum Zeitpunkt vor der Traktandierung im Stadtrat überholt sind, aktualisiert der Gemeinderat zu Händen der Behandlung im Stadtrat.**

Art. 59 Motion

⁵ Wird die Motion erheblich erklärt, hat ihr der Gemeinderat innert zwei Jahren Folge zu geben, oder es ist dem Stadtrat ein begründeter Antrag auf Erstrecken der Frist, oder auf Abschreibung zu stellen. **Die Frist kann nur einmal erstreckt werden.**

Art. 61 Postulat

² Die Postulate werden dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht. Der Gemeinderat hat sie innerhalb von sechs Monaten zuhanden des Stadtrats zu verabschieden. Der Stadtrat kann auf Antrag des Gemeinderats die Frist verlängern. Der Antrag ist dem Stadtrat innerhalb der regulatorischen Frist zu stellen. **Empfiehl der Gemeinderat ohne weitere Begründung die Annahme eines Postulats zur Prüfung, ist diese Stellungnahme unverzüglich an den Stadtrat weiterzuleiten.**

Art. 63 Interpellation

⁵ ~~Die Interpellantin oder der Interpellant kann Diskussion beantragen; sie~~ **Eine Diskussion** findet statt, wenn dem Antrag ein Drittel der anwesenden Mitglieder des Stadtrats zustimmt. Über diesen Antrag wird nicht diskutiert.

Art. 64 Dringliche Behandlung

² Das Büro des Stadtrats stimmt ~~abschliessend~~ über den Antrag auf dringliche Behandlung ab. **Der Entscheid kann an den Stadtrat weitergezogen werden, der abschliessend entscheidet.**

Manuel C. Widmer (GFL), AK-Referent: Im Rahmen der letzten Diskussion über die Revision des Ratsreglements beklagte Luzius Theiler, dass wir einen seiner Anträge zur Kleinen Anfrage zusammen mit allen anderen Anträgen zu diesem Thema vorgelegt und damit sein Gesamtkunstwerk nicht gewürdigt hätten. Lieber Luzius Theiler, heute wird Ihr Kunstwerk dem Stadtrat vorgelegt. Zwei Sitzungen der Gruppe „Pendenzenhügeli“ und eine Diskussion in der AK sind sicher eine Würdigung Ihres Kunstwerks, wenngleich diese Kunstkritikergruppe Ihr Werk nicht ganz so rezensiert hat, wie Sie es sich wohl vorgestellt haben.

Sie sind sicher damit einverstanden, wenn ich – ganz im Sinne des Antrags Nr. 3 von Luzius Theiler zu Art. 50 GRSR – auf eine wortwörtliche Wiederholung des Vortrags verzichte. Diesen haben sicher alle aufmerksam gelesen. Machen wir trotzdem einen kurzen Rundgang durch die „Ratsreglementsgalerie“ und schauen uns dabei die neun Kunstwerke an, welche heute zur Beurteilung vorliegen. Auf Bild 1 verlangt Luzius Theiler, dass Geschäfte, welche vom Gemeinderat oder von einer Kommission verabschiedet wurden, in der Regel zwei Monate nach der Verschiebung zu traktandieren sind. Er begründet diesen Antrag mit der aktuell mit sieben Monaten viel zu langen Traktandierungszeit. Damit hat Luzius Theiler sicher recht. Allerdings stützt er sich dabei auf Zahlen aus dem Jahr 2012, einem Wahljahr. Würde man das Bild heute malen, sähe es ganz anders aus. Heute beträgt die Zeitdauer von der Verabschiedung bis zur Traktandierung noch knappe vier Monate. Selbst wenn man auf andere, vergleichbare Städte schielt, schneidet Bern mit seiner Traktandierungszeit gut ab. In Zürich kann die Dauer bis zur Traktandierung eines Geschäfts schon einmal ein bis zwei Jahre dauern. Aus Sicht der AK führt die vorgeschlagene Regelung allerdings nicht zu einer Verbesserung. Durch die Verabschiedung aller Vorstösse spätestens nach zwei Monaten würde die Liste der verschobenen Geschäfte – selbst wenn wir effizienter arbeiten – immer länger. Die Geschäfte wären zwar traktandiert, ob hingegen das Frustpotential geringer ausfällt, wenn etliche Geschäfte traktandiert sind, aber immer wieder verschoben werden, ist aus Sicht der der AK ziemlich unsicher. Zudem wäre diese Vorschrift ein massiver Eingriff in die Traktandierungshoheit des Ratspräsidiums; dagegen haben Sie sich schon im Rahmen der letzten Revision ausgesprochen. Die AK beantragt Ihnen, den Antrag Theiler zu Art. 16 GRSR abzulehnen.

Auf Bild 2 sehen wir den Wunsch, wonach vor allem fraktionslose, aber auch an den Geschäften der Kommissionen interessierte Ratsmitglieder mehr in die Arbeit der Kommissionen einbezogen werden. Luzius Theiler verlangt, dass sich künftig fraktionslose und interessierte Ratsmitglieder die Traktandenlisten und Unterlagen von Kommissionen zustellen lassen können, damit sie bereits während der Vorberatung von Geschäften zuhanden der Kommissionen Anträge stellen können. Wenngleich die AK ein gewisses Verständnis für diesen Antrag hat, stellt dieser aus Sicht der AK das Kommissions- und Fraktionswesen in Frage. Es ist Luzius Theiler unbenommen, sich einer Fraktion anzuschliessen und damit die Möglichkeit zu erhalten, in einer Kommission Einsitz zu nehmen. Der Beitritt zu einer Fraktion besteht nicht nur aus Rechten, sondern – je nach Fraktion – aus mehr oder weniger Pflichten wie beispielsweise aus einem Fraktionszwang. Die AK bittet Sie um Ablehnung dieses Antrags. Als fraktionsloses und somit gewissermassen niemandem verpflichtetes Stadratsmitglied kann man nicht in den Genuss der Privilegien kommen, welche eigentlich den Mitgliedern von Fraktionen vorbehalten sind. Ansonsten würden Sinn und Zweck einer Fraktionsmitgliedschaft ausgehöhlt. Die AK beantragt Ihnen, die entsprechende Änderung von Art. 19 GRSR abzulehnen.

Das nächste Bild in der Galerie Theiler hat leider keinen Titel, d.h. wir konnten uns nicht auf eine Begründung stützen. Der Antrag verlangt, dass sich die Sprecherinnen und Sprecher von Kommissionen in Zukunft im Rahmen ihres Vortrags im Stadtrat auf die politische Beurteilung der Vorlage und auf die Wiedergabe von gestellten Fragen und kontroversen Meinungen in der Kommission beschränken. Es handelt sich folglich um ein minimalistisches Bild. Die AK interpretiert das Bild dahingehend, dass Luzius Theiler in Zukunft vermeiden möchte, dass Kommissionssprecherinnen und -sprecher quasi den Vortrag verlesen. Wenngleich die Kommission ein gewisses Verständnis dafür aufbringt, sitzen manchmal auch Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne. Diese dürften den Vortrag kaum gelesen haben. Zudem gehört es auch zur Aufgabe eines Parlaments, für die behandelten Geschäfte Öffentlichkeit zu schaffen. Das Geschäftsreglement beinhaltet bereits eine ansehnliche Anzahl an Bestimmungen zur Verhandlungs- und Redeordnung. Die AK möchte den Kommissionssprechenden nicht noch mehr Vorschriften machen als ihnen bereits seitens der Kommissionen mitgegeben werden und bittet Sie aus diesem Grund, eine entsprechende Änderung von Art. 50 GR SR abzulehnen.

Auf dem Helgen Nummer 4 sehen wir den Wunsch, wonach Stellungnahmen des Gemeinderats, welche zum Behandlungszeitpunkt eines Geschäfts überholt sind, vom Gemeinderat zuhanden des Parlaments zu aktualisieren sind. Abgesehen davon, dass der Gemeinderat dies regelmässig im Rahmen der Behandlung des Geschäfts im Stadtrat tut, sieht die AK vor allem auch praktische Probleme. Nach der Verabschiedung durch den Gemeinderat erfolgt die Weiterverarbeitung nicht mehr seitens des Gemeinderats, sondern seitens des Ratssekretariats. Letzteres bereitet die Geschäfte für die Traktandierung vor. So werden rund 220 Exemplare der beantworteten Vorstösse gedruckt und an verschiedene Adressaten gesandt. Die Antwort liegt nicht mehr im Herrschaftsbereich des Gemeinderats. Jede Abänderung müsste immer allen, welche im Besitz der ersten Antwort sind, zugestellt werden können. Möchte der Gemeinderat seine Antwort auf einen Vorstoss ändern, so müsste er auch einen neuen Gemeinderatsbeschluss fassen, wofür er das Geschäft temporär zurückziehen müsste. Die AK hält es für einen wesentlich gangbareren Weg, wenn der Gemeinderat den Stadtrat während der Beratung über Neuerungen informiert. Deshalb empfiehlt Ihnen die AK die beantragte Änderung von Art. 58 GR SR ebenfalls zur Ablehnung.

Das nächste Bild ist eines von Art. 59 Abs. 5 GR SR – dieses soll eine leichte Retusche erhalten. Luzius Theiler möchte, dass die Fristen zur Umsetzung von Motionen nur noch einmal erstreckt werden können. Die AK hält diese Retusche für wenig zum Bild passend. Erstens hat es der Stadtrat selber in der Hand, wie oft er Fristen erstrecken will. Zweitens ist die AK der Überzeugung, dass eine mehrfache Fristerstreckung manchmal sinnvoll sein kann. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn die Umsetzung nicht von „Softfacts“, sondern von „Hardfacts“ abhängt, welche noch nicht geändert werden können. Die AK empfiehlt Ihnen die Retusche von Art. 59 GR SR zur Ablehnung.

Auch auf dem Bild 6 möchte Luzius Theiler einen zusätzlichen Pinselstrich anbringen. Er schlägt vor, dass Postulate, welche vom Gemeinderat ohne Begründung zur Prüfung empfohlen werden, unverzüglich an den Stadtrat weiterzuleiten sind. Die AK ist ebenfalls der Meinung, dass das Ausschöpfen der vollen sechs Monate für ein ohne Begründung zur Annahme empfohlenes Postulat tatsächlich unbefriedigend ist. Allerdings bezweifelt sie, dass eine zusätzliche Fristenkontrolle innerhalb der laufenden sechsmonatigen Frist ohne grossen Aufwand vorgenommen werden könnte, zumal auch solche Geschäfte ihren Weg durch die Direktionen und Instanzen nehmen müssen. Hingegen ortet die AK diesbezüglich gewisse Handlungsmöglichkeiten beim Ratssekretariat. Es wäre schön und der Sache sicher dienlich, wenn solche Geschäfte in Zukunft in Zusammenarbeit mit dem Ratspräsidium rascher auf die Traktandenliste gesetzt werden könnten. Im Vertrauen darauf, dass auch mit einfacheren Mitteln

etwas bewirkt werden kann, empfiehlt Ihnen die AK die Änderung von Art. 61 GRSR ebenfalls zur Ablehnung.

Mit einer Restaurierung möchte Luzius Theiler Bild 7 wieder in dessen ursprünglichen Zustand zurückversetzen, nämlich in den Zustand aus dem Jahr 2009. Im Gegensatz zur heutigen Regelung möchte der Antragsteller, dass nicht nur Interpellantinnen oder Interpellanten die Diskussion über die eigene Interpellation verlangen können, sondern auch jedes andere Ratsmitglied. Gleich wie heute bedürfte es auf Antrag die Zustimmung eines Drittels aller Ratsmitglieder. Die AK empfiehlt Ihnen, diese Restaurierung abzulehnen, allerdings nicht nur, weil sie der Überzeugung ist, dass der Ratsbetrieb dadurch an Effizienz verlieren könnte. Aus Sicht der Kommission wäre es paradox, wenn eine Interpellantin oder ein Interpellant, die oder der nur eine kurze Erklärung abgeben möchte, durch andere Ratsmitglieder quasi zu einer Diskussion gezwungen werden könnte – zu einer Diskussion, worauf sich die Interpellantin oder der Interpellant gar nicht vorbereiten konnte. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die im Jahr 2009 vorgenommene Retusche zu belassen und den Antrag abzulehnen.

Auch bei Bild 8 geht es – jedenfalls zum Teil – darum, eine ältere Farbschicht hervorzuholen. In diesem Fall trägt das Bild den Titel „Dringlichkeit“. Seit dem Jahr 2009 befindet das Büro des Stadtrats abschliessend über die Dringlichkeit von Vorstössen. Dies führt regelmässig dazu, dass Ratsmitglieder aufgrund der Ablehnung der Dringlichkeit von Vorstössen durch das Büro unzufrieden sind und den Eindruck haben, das Büro habe weder vom Thema noch von dessen Wichtigkeit eine Ahnung. Dies ist auch der Fall, wenn das Büro die Dringlichkeit von Vorstössen ablehnt, welche von allen Fraktionen eingereicht werden. Die AK möchte Ihnen trotzdem beantragen, diese Kompetenz nicht dem Stadtrat zurückzugeben. Es wäre zu erwarten, dass dadurch viele Doppelspurigkeiten entstünden, zumal jede abgelehnte Dringlichkeit an den Stadtrat weitergezogen würde. Zudem ist das Büro mehr oder weniger ein Abbild der Fraktionen des Stadtrats, so dass eine völlig andere Entscheidung wohl eher selten zustande käme. Dementsprechend beantragt Ihnen die AK, das heutige System beizubehalten und den Antrag zu Art. 64 GRSR abzulehnen.

Das letzte Bild lässt sich schwer deuten. Es beinhaltet nämlich keinen Antrag auf Änderung, sondern auf Umsetzung eines Antrags. Dies betrifft den von Luzius Theiler anlässlich der letzten Revision gestellten und vom Stadtrat abgelehnten Antrag. Hingegen ist der Stadtrat dem Kern der Forderung nach einer schriftlichen Beantwortung von Kleinen Anfragen nachgekommen.

Nach einem Gang durch die Galerie Theiler kann die AK feststellen, dass sie gewisse Bilder zwar durchaus ansprechend findet, diese aber nicht als Gesamtkunstwerk kaufen möchte. Aus diesem Grund beantragen wir dem Stadtrat die Ablehnung der Änderungsanträge Theiler zu den Artikeln 16 Abs. 1, 19 Abs. 5, 50 Abs. 1, 58 Abs. 4, 59 Abs. 5, 61 Abs. 2, 63 Abs. 5 und 64 Abs. 2.

Lieber Luzius Theiler. Ich danke Ihnen für Ihr Gesamtkunstwerk, wenngleich unsere Kunstkritik Ihren Erwartungen wohl nicht entspricht. Der spanische Philosoph, Soziologe und Essayist José Ortega y Gasset hat einmal folgendes gesagt: „Das Kunstwerk ist eine imaginäre Insel, die rings von Wirklichkeit umbrandet ist.“ Ich hoffe, dass Sie Verständnis dafür haben, dass die AK einen See von Wirklichkeit um Ihre Insel gezeichnet hat – vielen Dank!

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich erteile das Wort nun dem massgeblich an diesem Geschäft beteiligten Luzius Theiler zur Begründung seiner Anträge. Es wäre nicht sinnvoll, wenn er sein Votum als Einzelsprecher erst im Anschluss an die Fraktionserklärungen halten würde. Ich gewähre Luzius Theiler zur Begründung seiner Anträge zwölf Minuten Redezeit.

Luzius Theiler (GPB-DA): Aufgrund der mehr oder weniger oder gar nicht ernsthaften Aufnahme dieses Geschäfts hätte es vielleicht für eine Silvestersitzung traktandiert werden sol-

len. Das meinerseits einmal nebenbei erwähnte Kunstwerk hat es Manuel Widmer besonders angetan, zumal er fast seine ganze Begründung darauf abgestützt hat. Hierzu kann ich höchstens sagen, dass schon manches berühmte Kunstwerk während seiner Entstehungsperiode nicht sehr gewürdigt wurde. Eigentlich ist es mir darum gegangen, die Qualität der Diskussionen und Entscheidungen in diesem Rat zu verbessern. Der Anlass dafür war die vor einem Jahr von Ursula Marti gehaltene Abschiedsrede. Sie hat ein relativ nüchternes, wenn nicht sogar pessimistisches Bild des Stadtrats während ihrer Präsidentschaft gezeichnet. Dies hat mich veranlasst, mir Gedanken zu machen, wie man diesem Zustand mit kleinen, wenig einschneidenden Massnahmen abhelfen und wie man die Qualität verbessern kann, ohne dass es dadurch zu einer wesentlichen Mehrbelastung kommt. Aus diesem Grund habe ich meine Anträge eingereicht. Im Sinne eines Gesamtpaketes habe ich gemeint, dass alle Anträge zusammengehören. Ich habe sie nicht einzeln begründet, sondern in einem Vorspann, der Ihnen leider nicht zugestellt worden ist. In den einzelnen Ausführungen wurde aber darauf Bezug genommen. Man hat mir oft gesagt, ich würde viel zu häufig oder sogar immer nur „Nein“ sagen. Jetzt habe ich festgestellt, dass ich übertroffen wurde: Die Kommission oder deren Ausschuss sagt immerhin achtmal in Folge „Nein“ und dies in einer völlig undifferenzierten Weise, ohne dabei auf einzelne Anträge einzugehen. Letztere wären vielleicht auch unabhängig des Gesamtpaketes sinnvoll. Ich habe Manuel Widmer meinen Eindruck bereits an der letzten Sitzung mitgeteilt: Die Kommission hat sich über die vielen Anträge geärgert und folglich gesagt, dass sie es Luzius Theiler zeigen wird, indem sie alles ablehnt, damit ihm die Lust, neue Anträge zu stellen, vielleicht vergeht. Manuel Widmer hat mir allerdings versichert, dass die Beratung meiner Anträge nicht so stattgefunden habe. Um achtmal „Nein“ zu sagen, hat es jedoch fast ein Jahr gedauert. Das heisst aber nicht, dass meine Anträge entsprechend eingehend geprüft worden wären. Ich möchte mich nicht lange zu jedem Antrag einzeln äussern. Falls noch Bemerkungen gemacht werden, werde ich eventuell auf einzelne Anträge eingehen. Bei zwei Anträgen handelt es sich – wie von Manuel Widmer erwähnt – um Korrekturen von Entscheidungen aus dem Jahr 2009. Nach etwa vier Jahren dürfte es erlaubt sein, damalige Entscheidungen, die sich nicht bewährt haben, zu korrigieren. Dies betrifft erstens die Dringlichkeitsregelung. Heute werden viel mehr Kleine Anfragen eingereicht. Dies, weil man befürchten muss, dass eine Dringliche Interpellation nicht für dringlich erklärt wird. Dadurch werden solche Geschäfte erst dann behandelt, wenn sie nicht mehr aktuell sind. Die Frage ist allerdings, ob dies sinnvoll ist, zumal wir noch nie dermassen viele Kleine Anfragen behandelt haben wie in diesem Jahr. Wir haben zwar eine einfachere Art der Erledigung. Die Verwaltung muss sich natürlich auch damit beschäftigen. Die Begründung der Kommission, wonach die Fraktionen im Ratsbüro vertreten seien, weshalb mein Antrag zu Doppelspurigkeiten führen würde, stimmt objektiv betrachtet nicht. Während der langen Zeit, während der wir eigene Dringlichkeiten vor den Stadtrat ziehen konnten, kam es oft zu einem anderen Ergebnis. Zweitens ist es völlig unlogisch, dass nur noch die Interpellanten die Diskussion verlangen dürfen. Folglich muss einerseits immer nachgefragt werden. Andererseits möchten sich vielleicht andere Ratsmitglieder äussern, weshalb ich in solchen Fällen Dringlichkeit verlange. Es ist jeweils dumm, wenn man der einzige Redner ist, nachdem die Dringlichkeit gewährt wurde. Umgekehrt muss man auf den Interpellanten zugehen und ihn darum bitten, dass er Dringlichkeit verlangt. Das macht eigentlich keinen Sinn. Wenn eines der anwesenden Stadtratsmitglieder das Bedürfnis hat, etwas zur Diskussion beizutragen, soll man dies doch gestatten. Der Stadtrat entscheidet immer noch über die Gewährung der Dringlichkeit. In letzter Zeit wurde die Dringlichkeit in verschiedenen Fällen in problematischer Art und Weise abgelehnt – nicht wahr, Frau Gafner? Diese Einschränkung im Vorherein vorzunehmen, macht keinen Sinn und führt folglich zu zusätzlichen Vorstössen. Was das Verlesen des Inhalts des Vortrags anbelangt, trifft es in einem gewissen Grad zu, dass die Besucher auf der Tribüne dessen Inhalt dadurch mitbekommen. Allerdings könnten die Unterlagen der Stadtratssitzun-

gen auch auf der Tribüne aufgelegt werden, so dass die Besucher orientiert wären. Die Öffentlichkeit wird heute nicht mehr über die Tribüne, sondern über die digitalen Medien geschaffen. Ein Geschäft zwei Monate nach dessen Verabschiedung traktandieren zu können, dient der Aktualität der Themen. Auf längere Sicht bringt es keinen Zeitgewinn, ein Geschäft nach vier, sechs oder sieben Monaten zu behandeln anstatt nach zwei Monaten. Die Zeitprobleme sind genau gleich, ungeachtet einer früheren oder späteren Behandlung.

Der folgende Antrag liegt mir besonders am Herzen und die Antwort darauf ist speziell seltsam ausgefallen: Es handelt sich um Ziffer 2.2 des Vortrags. Meines Erachtens könnte – unabhängig von allen anderen Anträgen – ein sinnvoller Beitrag geleistet werden, um jedenfalls bei komplizierten Rechtsetzungs- oder bei Planungsvorlagen die Qualität unserer Diskussionen und Entscheidungen zu verbessern. Es geht darum, die Daten und Unterlagen der Kommissionssitzungen bekannt zu geben. Das wäre ideal. Dass alle Anträge bereits vor der Kommissionssitzung eingereicht werden, so dass die jeweilige Kommission zu diesen Stellung nehmen kann, lässt sich wohl aber nicht über Nacht verwirklichen. Dies hat mit der Frage, ob ein Ratsmitglied fraktionslos ist oder nicht, wenig zu tun. Dieser Antrag betrifft den ganzen Stadtrat. Mit der Erwähnung der fraktionslosen Mitglieder habe ich anscheinend ein tiefsitzendes, psychologisches Unbehagen hervorgerufen. Offenbar hat sich der heimliche Neid der vom Fraktionszwang geplagten Kolleginnen und Kollegen breit gemacht. Damit spreche ich nicht über die Band, sondern über jene, die sich unter- und einordnen müssen und eine heimliche Sehnsucht nach Freiheit haben. Aus diesem Neid ist die beinahe oberlehrerhafte Belehrung resultiert, wonach man eine Fraktion bilden oder sich einer Fraktion anschliessen könne. Eine Fraktion kann nur von vier Stadratsmitgliedern gebildet werden. Prozentual ist das Quorum für die Fraktionsbildung viel höher als beispielsweise auf Bundesebene.

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich bitte Sie, die Zeit im Auge zu behalten. Ihre Redezeit beträgt zwölf Minuten.

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich habe acht Anträge zu begründen. Multipliziert mal zehn Minuten, stünden mir eigentlich 80 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Nein. Ich habe von Anfang an klargestellt, dass Ihnen zur Begründung Ihrer Anträge zwölf Minuten Redezeit zustehen.

Luzius Theiler (GPB-DA): Das ist nicht das geringste Problem, aber ich beende mein Votum trotzdem. Ich möchte, dass gesondert über meinen Antrag zu Art. 19 Abs. 5 abgestimmt wird. Bitte überlegen Sie sich nochmals, ob damit nicht zur Verbesserung des Ablaufs der Diskussion beigetragen würde.

Fraktionserklärungen

Leena Schmitter (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion wird dem Antrag der AK folgen und alle Anträge von Luzius Theiler ablehnen. Zu Art. 16 Abs. 1 GR SR: Heute dauert es rund vier Monate, bis ein Geschäft nach der Verabschiedung durch den Gemeinderat traktandiert wird. Dies ist allerdings nicht das Problem des Gemeinderats, sondern jenes des Stadtrats. Deshalb sollte sich der Stadtrat selber an der Nase nehmen. Wichter scheint uns aber das Argument, dass auch thematische Traktandierungen möglich sein müssen, was mit einer kürzeren Frist von zwei Monaten schwieriger handhabbar wäre. Deshalb lehnen wir den Änderungsantrag zu Art. 16 Abs. 1 ab. Wir fänden es hingegen sinnvoll, aktiv und automatisch informiert zu werden – dies steht zwar nicht zur Debatte – sobald ein Geschäft beantwortet und auf dem Ratsinformationssystem des Stadtrats (RIS) aufgeschaltet ist.

Die vorgeschlagenen Änderungen zu Art. 19 Abs. 5 würden die Logik der Fraktionsbildung komplett in Frage stellen, was wir nicht als sinnvoll erachten. Zudem ist es auch aus Sicht von fraktionslosen Ratsmitgliedern nur mässig sinnvoll, Anträge stellen zu können, ohne anschliessend an den in den Kommissionen geführten Diskussionen teilzunehmen. Einerseits können weder die eigenen Anträge angepasst oder verteidigt werden. Andererseits macht man die eigenen Argumentationen quasi zum Vornherein transparent und verschiebt sein Pulver damit bereits im Vorfeld.

Wir lehnen auch die Änderungen von Art. 50 Abs. 1 GR SR ab. Wir sind der Auffassung, dass sowohl Zuschauer als auch Protokollleser die Möglichkeit haben sollten, ein Geschäft zu verstehen. Dies wäre nicht gewährleistet, wenn auf die Darstellung eines Geschäfts verzichtet würde. In diesem Punkt geht es uns um die Gewährleistung der Transparenz für einen weiteren Kreis an Interessentinnen und Interessenten.

Der Antrag zu Art. 58 Abs. 4 GR SR klingt inhaltlich zwar sehr gut, ist aber aus unserer Perspektive nicht durchsetzbar. Dies, weil der Gemeinderat Änderungen nicht rasch im Dokument aktualisieren kann, sondern der Gemeinderat muss das Geschäft zwecks Überarbeitung zurückziehen. Gleichzeitig wäre aber eine erste Version des Beschlusses bereits auf dem RIS oder allenfalls auch gedruckt vorhanden, was zu einem extremen Mehraufwand seitens des Ratssekretariats führen würde. Eine rasche mündliche Auskunft zu überholten Aspekten im Rat zu erhalten, erachten wir in diesem Sinn als viel zielführender.

Den Änderungsantrag zu Art. 59 Abs. 5 GR SR lehnen wir ebenfalls ab. Dies, weil es durchaus Situationen gibt, während denen Fristen verlängert werden müssen. Das ist beispielsweise der Fall, wenn Planungen laufen oder wenn man auf die Kooperation mit anderen Stellen oder Städten angewiesen ist.

Den Änderungsantrag zu Art. 61 Abs. 2 GR SR lehnen wir ab weil das Geschäft ungeachtet einer kurzen Antwort des Gemeinderats noch nicht erledigt wäre, sondern zur weiteren Abklärung zurück in die Verwaltung ginge.

Den Antrag zu Art. 63 Abs. 5 GR SR halten wir schlicht und einfach für ineffizient. Zudem liegt es unseres Erachtens in der Kompetenz der Person, die den Vorstoss eingereicht hat, zu entscheiden, ob die Diskussion gewünscht wird oder nicht.

Der Antrag zu Art. 64 Abs. 2 GR SR hat offenbar schon einmal existiert. Wir lehnen auch diesen Antrag ab, weil die Einschätzung dringlich einzustufender Vorstösse Aufgabe des Ratssekretariats ist. Insbesondere sind wir der Meinung, dass Diskussionen über die Dringlichkeit von Vorstössen im Stadtrat ausufern und die Sitzungen unnötig verlängern würden. Wir folgen – wie erwähnt – dem Antrag der AK und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP) für die Fraktion FDP: Ich werde mich kürzer fassen als meine Vorrednerin. Wenngleich die Fraktion FDP manchmal auch den Eindruck hat, dass sich der Stadtrat etwas oft ein relativ enges Korsett verpasst, so dass spontane und frei gestaltete Diskussionen – insbesondere auch zu politisch umstrittenen Themen – nicht mehr möglich sind, wird sie dem Antrag der AK folgen. Sie wird den detailliert und einleuchtend begründeten Antrag unterstützen und die Anträge von Luzius Theiler folglich ablehnen.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVP: Ich kann mich kurz fassen. Wir werden dem Antrag der AK folgen. Manuel Widmer hat alles erklärt. Wir sind eigentlich der gleichen Meinung, wonach die einzelnen von Luzius Theiler gestellten Anträge zwar diskutierbar, aber leider grösstenteils nicht umsetzbar sind. Wir möchten Luzius Theiler den Rat geben, sich einer Fraktion anzuschliessen. Damit erhielte er die ihm fehlenden Möglichkeiten automatisch.

Einzelvotum

Christa Ammann (AL): Die Begründungen, weshalb die Änderungsanträge von Luzius Theiler abgelehnt werden, wurden zwar bunt ausgeschmückt präsentiert. Dass die Argumentationen aber unsorgfältig ausgearbeitet wurden, konnte leider nicht überpinselt werden. Sie sind dementsprechend schwer nachvollziehbar. Zudem stellt sich auch die Frage, wer bei wem und wie sauber zu argumentieren gelernt hat. Zwei Beispiele: Für die Erklärung, weshalb die AK keinen Pendenzenberg sieht, zieht sie Zahlen heran, die aus Sicht der AL Bern nicht vergleichbar sind. Die AK vergleicht nämlich die Zahlen aus dem Jahr 2012 mit jenen aus dem Jahr 2013. Wir haben das Jahr 2013 mit einem neu zusammengesetzten Rat begonnen. Es ist logisch, dass dies alleine ein Grund für die geringere Anzahl an eingereichten Vorstössen sein könnte. Dieser Aspekt wurde bei der Begründung nicht berücksichtigt. Es wird der Anschein erweckt, man sei effizienter geworden.

Ebenso vordergründig ist die Begründung, wonach im Vergleich zu anderen Städten die Menge an unbehandelten Geschäften nicht gross sei. Die Interpretation könnte nämlich dahingehend lauten, dass die Pendenzen überall alarmierend sind. Hier mangelt es der AK an der Bereitschaft, sich kritisch mit Tatsachen auseinander zu setzen und die Frage, wann ein Pendenzenberg alarmierend ist, grundsätzlich zu beantworten.

Ein weiteres Beispiel: Bei Schulnoten behauptet auch niemand, die Note 3 sei gut, nur weil alle anderen mit einer 2 benotet wurden. In der Schule würde man sich vielleicht die Frage stellen, ob die schlechte Benotung am Lehrer oder am Benotungssystem liegt. Dies auf den Antrag von Luzius Theiler zu übertragen, überlasse ich Ihnen.

Ein anderes Beispiel zu Art. 58 Abs. 4 GRSS: Es wird argumentiert, dass der Gemeinderat die Aktualisierung eines Geschäfts im Rahmen der Diskussion im Stadtrat vornehmen könne. Dies kann er zwar tun. Allerdings wird dadurch eine seriöse Vorbereitung der Person, die einen Vorstoss eingereicht hat, verhindert, zumal sie nicht gestützt auf aktuelle Informationen beurteilen kann, ob sie mit der Antwort zufrieden ist und die Motion zum Beispiel in ein Postulat umwandeln will oder nicht. Schliesslich fehlen Angaben, um sich im Vorfeld seriös vorbereiten zu können. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich spontan im Rat zu entscheiden.

Zum Schluss: Wenn die AK der Meinung ist, dass die Mitsprache im Vorfeld und insbesondere von Leuten, die keiner Fraktion angehören, nicht erwünscht ist, wünsche ich mir, dass sie sich bei einem nächsten Mal zumindest um eine bessere Argumentation bemüht.

Manuel C. Widmer (GFL), AK-Referent: Leider ist der Antrag auf Verzicht auf eine zweite Lesung im Rahmen der Anträge der AK untergegangen. Es sind keine neuen Anträge zur Teilrevision des Stadtratsreglements eingegangen. Deshalb stellt die AK den Antrag auf eine zweite Lesung zu verzichten.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSS Art. 16 Abs. 1 ab (3 Ja, 65 Nein). *Abst.Nr. 004*
2. Er lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSS Art. 19 Abs. 5 ab (3 Ja, 67 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 005*
3. Er lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSS Art. 50 Abs. 1 ab (3 Ja, 67 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 006*
4. Er lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSS Art. 58 Abs. 4 ab (4 Ja, 66 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 007*
5. Er lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSS Art. 59 Abs. 5 ab (3 Ja, 66 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 008*

6. Er lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSR Art. 61 Abs. 2 ab (4 Ja, 66 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 009*
7. Er lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSR Art. 63 Abs. 5 ab (3 Ja, 67 Nein). *Abst.Nr. 010*
8. Er lehnt den Abänderungsantrag Theiler (GPB-DA) zu GRSR Art. 64 Abs. 2 ab (9 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 011*
9. Er stimmt dem Antrag der Aufsichtskommission auf Verzicht auf eine zweite Lesung zu (67 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 012*
10. Der Stadtrat stimmt der Teilrevision des Stadtratsreglements vom 12. März 2009 zu (68 Ja, 3 Nein). *Abst.Nr. 013*

2005.SR.000148

2 Motion Stefan Jordi (SP): Fuss-/Velowegverbindung Petruskirche (Kalcheggweg) – Thunplatz; Abschreibung

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzuschreiben.

Bern, 23. Oktober 2013

David Stampfli (SP), PVS-Referent: Stefan Jordi hat diesen Vorstoss im Jahr 2005 eingereicht, damit die Verbindung zwischen Thunplatz und Kalcheggweg verbessert wird. Es handelt sich um einen schmalen Weg, der zwischen dem Dählhölzliwald und dem Tennisplatz durchführt. Dort ist es insbesondere zwischen Fussgängerinnen und Fussgängern einerseits und Velofahrerinnen und Velofahrern andererseits immer wieder zu Konflikten gekommen. Deshalb war es definitiv sinnvoll, etwas zu unternehmen. Es hat zwar etwas länger gedauert als erhofft – das Resultat lässt sich aber sehen. Ich habe es mir vor Ort angeschaut. Zudem hat mir die Stadtverwaltung ein Dossier mit Vorher-Nachher-Bildern zugestellt. Wer Interesse hat, darf das Dossier gerne bei mir sichten. Dieses Strässchen wurde fast überall auf 3 Meter verbreitert und ist jetzt auch beleuchtet. Die beiden Eingänge sind klar signalisiert und markiert. Auf der einen Seite ist ein Pfosten vorhanden, damit man sieht, dass in beide Richtungen gegangen und auch gefahren wird. Stefan Jordi hat mir auf Anfrage mitgeteilt, dass er mit der Umsetzung seiner Motion zufrieden ist, so dass diese abgeschrieben werden kann. Die Kommission hat dann auch mit 11 zu 0 Stimmen die Abschreibung der Motion beschlossen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat stimmt der Abschreibung zu (53 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 014*

2013.SR.000285

3 Dringliches Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rüeegg, SVP): Tramregion Bern: „Murks“ oder eine Lösung für die Zukunft? Ideale Anschlusspunkte für die Region in den Quartieren – Schaffung einer Ringlinie und Anbindung von Bern Belpmoos

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Dringliche Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 4. Dezember 2013

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Der Gemeinderat empfiehlt, das Dringliche Postulat erheblich zu erklären. Ist dies bestritten? – Das ist nicht der Fall.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich.

Alexander Feuz (SVP), Postulant: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Ich habe mit Freude vom Antrag auf Erheblicherklärung Kenntnis genommen. Durch eine Abschreibung würde das Geschäft allerdings ad acta gelegt, ohne dass etwas passiert. In diesem Vorstoss ist mir wichtig – und diesbezüglich war er wohl zu wenig präzise formuliert – dass es nicht nur um eine Anbindung von Bern Belpmoos geht, sondern ebenso darum, eine Verbindung des Raums Aaretal mit dem Raum Wabern herzustellen. Wir sind der Meinung, dass es sich beiderorts um Entwicklungsschwerpunkte handelt, weshalb das Einrichten dieser Verbindungen der Region viel bringen würde. Es kann nicht sein, dass ab Wabern keine richtige öV-Verbindung Richtung Münsingen und Muri besteht und man folglich rascher von Bern in Thun ist als innerhalb der von der Aare getrennten Region. Ebenfalls wichtig für uns ist – soweit eine Vorbemerkung – dass es sich um eine letzte Chance handelt. Mir ist klar, dass noch ein Einspracheverfahren hängig ist. Wir müssen klar sehen, wie wir Ostermundigen und Köniz betrachten. Diese Gemeinden müssen nichts an den Tramlinienunterhalt für die Marktgasse, die Spitalgasse und die Kornhausbrücke bezahlen. Im Militär habe ich den Ausdruck „Man soll keine fremden Affen aufnehmen“ gehört. Wir riskieren hier ähnliches wie beim Zentrum Paul Klee, indem wir ein Geschenk bzw. Gelder vom Bund erhalten. Für eine erste Phase dürften diese Gelder ausreichen. Was die zweite Tramachse anbelangt, haben wir ein verdammtes Risiko, auf den Kosten sitzen zu bleiben, so dass wir den Unterhalt bezahlen müssen. Deshalb sollten wir wirklich ein Interesse daran haben, dass Leute aus Ostermundigen und Köniz direkt ins Zentrum gelangen können. Auf die entsprechenden Möglichkeiten komme ich später zu sprechen. Eine letzte Vorbemerkung: Dieser Vorstoss fusst eigentlich auf lange Vorarbeiten der Kommission PVS. Kurt Rügsegger und ich haben ein paar Anläufe genommen. Resultat war dann eine ausführliche Medienberichterstattung gestützt auf die Angaben von Beat Kappeler, wonach die Chance ergriffen werden soll. Ich gehe davon aus, dass man nur einmal Bundesbeiträge abholen kann. Deshalb sollte etwas Sinnvolles, für die Stadt Nützliches gemacht werden und nicht etwas, was vorrangig gewissen Leitungssanierungen in Ostermundigen dienlich ist.

Ich komme zum Vorstoss und zu dessen Beantwortung: Es wurde uns erklärt, dass der Abriss des Christoffelturms im Jahr 1861 nicht im Zusammenhang mit der ersten Tramlinie in Bern stand. Dazu ist zu sagen, dass es in diesem Jahr bereits „Pferdetrams“ in Genf gab. Der Christoffelturm musste einerseits offenbar einer Öffnung der Stadt – auch für den Verkehr – weichen, andererseits, damit die Honoratioren einer Bank eine bessere Besonnung hatten. Der Grund der damaligen Ablehnung ist heute nicht relevant. Mir geht es darum aufzuzeigen, dass nicht kurzfristig, sondern langfristig gedacht werden sollte.

Zu den Forderungen: Die Umstellung der Tramlinien Fischermätteli und Weissenbühl auf Busbetrieb ist ein Evergreen! Bedenken Sie, dass es noch nicht allzu lange her ist, seit der Vorstoss von Eveline Neeracher in diesem Saal abgelehnt wurde. Bereits damals hat man sich für die Sicherung der Tramlinie Nr. 3 ausgesprochen. Während der letzten Tage konnten Sie über die Fahrplanausdünnung lesen. Neu fährt das Tram Nr. 3 nicht mehr im Sechsinuten-, sondern im Zehnminutentakt. Wahrscheinlich wird die Frequenz einmal auf 15 Minuten erhöht werden. Als es um die Abstimmung über das Tram Bümpliz ging, wurde immer von

Komfort und Kapazität gesprochen. Für die Tramlinie Nr. 3 spielen diese Argumente keine Rolle mehr. Ist der Umstand ursächlich, dass es um ein kleineres Tram, mit geringeren Frequenzen, geht? Interessant ist und zu reden geben wird die Frage, ob die Linie in Zukunft überhaupt bis zum Hauptbahnhof fahren können oder ob man vom Stadtberner verlangt, dass er umsteigt, wohingegen der Könizer und der Ostermundiger direkt zum Hauptbahnhof fahren. Ein weiterer Punkt, weshalb ich bezweifle, dass genügend gekämpft wurde, ist folgender: Wir haben abgebaut. Dass auch in Bümpliz abgebaut wird, zeigen Vorstösse von Jacqueline Gafner Wasem. Wir haben zwar gehört, dass es nur vorübergehend und dass die S-Bahn wahrscheinlich nicht betroffen sein soll. Wir Berner bezahlen das Doppelte, indem wir bekanntlich nicht nur eine, sondern zwei Libero-Zonen lösen müssen. Zudem müssen wir für den Unterhalt der ganzen Strecke aufkommen. Bedenken Sie, dass die schweren Elemente, d.h. die grossen Trams, die Kornhausbrücke, die Markt- und die Spitalgasse erheblich belasten werden. Aufgrund der dort vorhandenen Pflasterung wird der Unterhalt auch wesentlich teurer als die Erstellung eines kleinen Anschlusses in einer Vorortsgemeinde.

Nun zu meiner zweiten Forderung, nämlich dass dieses Ansinnen nicht ad acta gelegt werden darf: Das Zentrum der Stadt Bern ist ein UNESCO-Weltkulturerbe. Deshalb sollten unbedingt Alternativen geprüft werden. Man muss weder Verkehrstechnik noch „Verkehrsströmung“ studiert haben oder ETH-Verkehrsplaner sein, um zu wissen, dass wir in der Innenstadt zwei grosse, kritische Knotenpunkte haben. Es sind dies die Haltestellen Hirschengraben und Zytglogge. Eine Umstellung der Tramlinien Fischermätteli und Weissenbühl auf Busbetrieb würde zu einer gegenseitigen Behinderung der öffentlichen Verkehrsmittel führen. Dies, weil keine beliebigen Takterhöhungen möglich sind. Für mich ist klar, dass man nicht mehr alles sternförmig ins Zentrum führen kann. Deshalb muss eine gute Alternative geschaffen werden, indem man vermehrt Knotenpunkte macht. Ich gebe dem Gemeinderat durchaus recht, dass die meisten Leute direkt ins Zentrum fahren wollen, um vom Hauptbahnhof weiter gehen zu können. Der meines Erachtens verbesserungsbedürftige Ansatz wäre folgender: Die Leute aus den hinteren Teilen von Ostermundigen sollten ab dem Ostermundiger Bahnhof mit der S-Bahn in den Berner Hauptbahnhof fahren. Ebenfalls zu prüfen ist meines Erachtens, dass gewisse Teile von Linien unterirdisch geführt werden sollen. Zudem sollten Information und Sicherheit verbessert werden. Der Bahnhof Wankdorf dürfte abends für eine Frau nicht sehr gemütlich sein. Die ganze Sache sollte unter dem Aspekt der gesamten Verkehrsströme geprüft werden. Für den Raum Ostermundigen erachte ich die Knotenpunkte Wankdorf und Guisanplatz als sinnvoll. Für den Raum Köniz wäre allenfalls im Raum Eigerplatz etwas zu machen. Ich bin der Meinung, dass etwas unternommen werden muss.

Zu meiner dritten Forderung: Wenn wir immer von der Regionalpolitik sprechen, muss man die Mittel dort einsetzen, wo sie einen grossen Mehrwert bringen. Dabei geht es nicht nur um das Belpmoos. Letzteres ist ein Element. Es geht um eine Verbesserung mittels einer Ringlinie Aaretal-Gürbetal-Wabern. Denken Sie an diese Entwicklungsschwerpunkte! Für mich ist schwer nachvollziehbar, weshalb man ausgerechnet nach Kleinwabern keinen Ast bauen will. Dort sind Hochhäuser geplant. Angesichts dessen, dass eine Volkabstimmung stattfinden wird, sollten wir den Finger unbedingt weiterhin darauf halten, damit Korrekturen vorgenommen werden. Die von mir erwähnten Punkte werden wahrscheinlich die Kampflinie bilden. Bitte denken Sie daran und verzichten Sie darauf, die Sache zu schubladisieren. Wir haben eine und nicht mehrere Chancen und wollen etwas bauen, was der Stadt Bern einen Nutzen bringt. Die seitens des Gemeinderats vorgelegte Variante droht ein gewaltiger Murks zu werden. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung meines Postulats.

Fraktionserklärungen

Isabelle Heer (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die BDP/CVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Tram Region Bern alles andere ist als ein Murks, sondern die einzige Antwort auf die wachsenden Passagierzahlen auf der Strecke der Buslinie Nr. 10. Diese muss heute fast 16 Prozent der Gesamtpassierzahl von BERNMOBIL schlucken. Heute liegt ein Tramprojekt vor, für welches mit direkten Kosten von rund 400 Mio. Franken gerechnet wird. Dieses Gesamtprojekt wird im Wesentlichen von Kanton und Bund finanziert. Die Bundesgelder sind eingeplant. Die kantonalen Mittel sind ebenfalls aufgelegt. Am 28. September 2014 findet voraussichtlich die Abstimmung in den beteiligten Gemeinden statt. Zu diesem Zeitpunkt werden die Gemeindebeiträge von rund 90 Mio. Franken zu genehmigen sein. In der Stadt Bern wird es um einen Anteil von 48 Mio. Franken gehen. Die Zusicherungen seitens von Bund und Kanton erfolgen nach den Abstimmungen. Wenn etwas ein Murks ist, dann ist es das durch Falschinformationen glänzende Postulat. Was den Christoffelturm angeht, hat der Gemeinderat in seiner Antwort bereits eine Berichtigung vorgenommen. Im Übrigen wird die „rote Wand“ durch das Tram Region Bern nicht vergrössert, sondern sogar etwas verkleinert. Dies, weil die Buslinie Nr. 12 nicht mehr durch die Spital- und die Marktgasse geführt wird. Die in Ziffer 3 vorgesehene S-Bahnringlinie ist beinahe kurios. Das zu bedienende Gebiet ist weder mittel- noch langfristig als Entwicklungsgebiet vorgesehen. Auch das Nachfragepotential beim Flughafen Bern Belp ist im Vergleich mit dem Tram Region Bern verschwindend klein. Wer eine solche Forderung aufstellt, verlangt die Verschleuderung von ohnehin schon knappen Mitteln. Es gilt dort zu investieren und an die Zukunft zu denken, wo sich tatsächlich viele Leute ansammeln, d.h. in der Innenstadt. Das Tram Region Bern wird sicher noch mehr zu reden geben. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die BDP/CVP-Fraktion hätte dieses Postulat lieber abgelehnt, empfiehlt nun aber, die Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht anzunehmen.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP) für die Fraktion FDP: Die Fraktion FDP begrüsst die von Beat Kappeler ins Spiel gebrachte Vision einer Alternative zum Projekt Tram Region Bern – diesem steht die FDP bekanntlich skeptisch bis ablehnend gegenüber –, welche dank dem Dringlichen Postulat von Alexander Feuz und von Kurt Rügsegger im Stadtrat zum Thema gemacht wird. Gleichzeitig stellt unsere Fraktion fest, dass sich der Gemeinderat offensichtlich und leider nur formal mit dem Vorschlag Kappeler auseinandergesetzt hat. Jede Zeile der Antwort atmet nur eines aus, nämlich „Störe meine Kreise nicht“ und „Das Tram Region Bern ist aufgelegt, über das weitere Vorgehen der Weiterentwicklung des regionalen Tramkonzepts wird die RK Bern-Mittelland voraussichtlich noch in diesem Monat entscheiden und Radiallinien an den Hauptbahnhof Bern sind und bleiben das Gelbe vom Ei, weshalb sie auch pro futuro nicht zur Disposition stehen. Und wenn die Stadt Bern die Trolleybuslinie Nr. 12 aus dem Hauptgassenzug in die südlichen Gassen verlegt und die zweite Tramachse realisiert ist, lässt sich die verbleibende Belastung ohne Weiteres ertragen.“ Unter Wahrung der Interessen der Stadtbevölkerung stellt sich die Fraktion FDP etwas anderes vor und unter geistiger Beweglichkeit, dass neue Lösungsansätze unvoreingenommen geprüft werden, ohne sich auf Dinge zu kaprizieren, die nichts anders sind als eine Verlängerung der Vergangenheit in die Zukunft. Diese Haltung erachten wir nicht als gut. Wenn der Gemeinderat glaubt, dass sich das Tram Region Bern einfach durchpauken lässt, frei nach dem Motto „Gring abe und seckle“, dann wird er möglicherweise eine unsanfte Landung erleben, speziell was das Verdikt der Stimmberechtigten der Stadt Bern angeht. So, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, funktioniert ein primär den Interessen der eigenen Bevölkerung verpflichtetes Engagement nicht! Wir sind in Bern keine Befehlsempfängerinnen und Befehlsempfänger der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und ebenso wenig der kantonalen

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion. Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion FDP dieses Postulat und lehnt es ab, dass die Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsberichts gilt.

Marieke Kruit (SP) für die Fraktion (SP): Ist das Tram Region Bern ein Murks oder eine gute Lösung für die Zukunft? Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass das Tram Region Bern für die Bernerinnen und Berner einen Sprung nach vorne bedeutet. Bereits der Erfolg des Trams Bern West zeigt, dass es für stark frequentierte Strecken Sinn macht, Busse durch Trams zu ersetzen. Investition in den öV macht vor allem dort Sinn, wo die Leute wohnen, arbeiten, einkaufen und in den Ausgang gehen. Die meisten öV-Nutzerinnen und -Nutzer wollen in die Innenstadt von Bern und wieder zurück in ihre Gemeinden oder Aussenquartiere gelangen. Zugegeben, wir haben derzeit viele Trams und Busse in der Innenstadt auf der gleichen Achse. In Zukunft muss es deshalb eine Lösung geben. Ich hoffe schwer, dass sich alle hier Anwesenden für eine zweite Tramachse einsetzen werden. Eine solche ist nämlich bei einer Weiterentwicklung des Verkehrs nötig. Das Tram Region Bern ist die richtige Reaktion auf diese Entwicklung. Durch dessen Einführung sollte es nämlich zu einer Entlastung kommen, so dass nicht mehr 104, sondern noch 92 Fahrzeuge pro Stunde auf dieser Achse unterwegs sein werden. Mit der zweiten Tramachse würde sich diese Belastung weiter reduzieren, nämlich auf voraussichtlich 52 Fahrzeuge pro Stunde. Wenn man bedenkt, dass an diesem Wochenende des Fahrplanwechsels der Bus Nr. 10 während der Stosszeiten auf einen Zweiminutentakt umgestellt wird, um den Andrang überhaupt bewältigen zu können, dann gibt es doch nur eines: Umsteigen auf ein Tram! So können mindestens 2,5 Mal mehr Leute auf einmal transportiert werden. Dadurch kann die Frequenz ausgedünnt werden. Das führt zu einer geringeren Belastung der Strassen, was auch dem Individualverkehr zugutekommt. Letzteres dürfte sicher im Sinn der Postulanten sein. Noch ein paar Worte zu den im Postulat angesprochenen Ringlinien mit S-Bahn und Tram: In dicht besiedelten Gebieten kann eine Ring- oder Tangentiallinie durchaus Sinn machen. Die Buslinie Nr. 28 ist ein gutes Beispiel dafür. Diese Linie wird jährlich von 1,1 Mio. Fahrgästen genutzt. Dies sind gute Zahlen, welche in Relation zu den heute bereits 16,2 Mio. Passagieren auf der Buslinie Nr. 10 gesetzt werden müssen. Hier sprechen wir von einer Linie, die durch dicht besiedeltes Gebiet und nicht durch den äusseren Agglo-Ring fährt. Es ist wichtig, dass sich die Stadt Bern weitere Überlegungen zu tangentialen öV-Linien macht und solche plant. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort darlegt, ist im Rahmen von Tram Region Bern einiges vorgesehen und zum Teil bereits umgesetzt. Das ist gut so. Eine Tram- und S-Bahnspange, wie sie von den Postulanten vorgeschlagen wird, ist in unserer heutigen Situation schlicht zu teuer und auch nicht angezeigt. Kosten und Nutzen stünden zurzeit in keinem Verhältnis. Bei der angespannten Finanzsituation ist auch nicht davon auszugehen, dass sich der Kanton an einem solchen Grossprojekt beteiligen würde. Wichtig ist aber, dass die Stadt- und Agglomerationsentwicklung im Auge behalten und die Ideen vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt wieder aus der Schublade gezogen werden. Heute sollten wir uns hingegen um die dringenden Verkehrsprobleme unserer Stadt kümmern und den Hebel dort ansetzen, wo er die grösste Wirkung entfaltet. Zugegeben, das Tram Region Bern wird nicht alle Verkehrsprobleme lösen. Es bringt aber eine wichtige und notwendige Entlastung bzw. eine Verbesserung. Die SP-Fraktion würde Ziffer 1 des Postulats grundsätzlich zustimmen, weil sich die Stadt Bern weiterhin bei der Regionalkonferenz für einen attraktiven öV in der Stadt Bern einsetzen soll. Die Stellungnahme des Gemeinderats werden wir als Prüfungsbericht annehmen. Hingegen lehnen wir das Postulat als Ganzes ab.

Alexander Feuz (SVP), Postulant: Bedenken Sie, dass es sich um einen Prüfungsbericht handelt und dass wir jetzt eine Chance haben, etwas zu unternehmen. Von meiner Vorrednerin

wurde gesagt, dass man unsere Ideen in ein paar Jahre wieder aus der Schublade ziehen könne. Die Sache muss aber jetzt angeschaut werden. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass es sich ebenfalls um wirtschaftlich wichtige Räume handelt. Deshalb wäre eine Verbindung sinnvoll. Dass die Leute ins Zentrum fahren wollen, habe ich auch erwähnt; das ist völlig unbestritten. Für mich wäre entscheidend, dass die Leute aus dem hinteren Teil von Ostermündigen direkt mit der S-Bahn ins Zentrum fahren. Diejenigen, die zum Breitenrainplatz gelangen wollen, nehmen ab dem Hauptbahnhof das Tram oder den Bus. Es geht darum, gut frequentierbare und schnelle Linien zu realisieren. Es wurde gesagt, dass weniger Fahrzeuge benötigt würden. Es mag zutreffen, dass es minim weniger Fahrzeuge sein werden. Die eingesetzten Fahrzeuge werden aber viel länger sein. Zudem sind viele Punkte ungeklärt. Je nachdem müssen die Leute ab den Linien Weissenbühl und Fischermätteli umsteigen – diese Gefahr besteht. Wenn Sie dies nicht möchten, sollten Sie die Stellungnahme des Gemeinderats nicht als Prüfungsbericht annehmen. Ansonsten verschwindet das Ansinnen in der Schublade, so dass die grosse Gefahr besteht, dass es nicht wieder auf den Tisch kommt. Ich habe es bereits erwähnt: Man hat eine und nicht mehrere Chancen. Wir werden nämlich kein Geld mehr haben und dafür etwas kurzfristig anstatt längerfristig Dienliches haben. Hier geht es um gewisse Visionen. Diese sollten jetzt aufgenommen werden, zumal wir noch die Chance dazu haben. Ansonsten wird es zu spät sein.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Kurz ein paar Worte, weshalb der Gemeinderat überzeugt ist, dass wir bei den verkehrs- und insbesondere öV-politischen Vorstössen die Postulate jeweils erheblich erklären wollen: Wir haben es dieses Jahr bereits einmal mit dem Vorschlag „Untertunnelung Kirchenfeld“ getan und zwar, weil wir überzeugt sind, dass die zukünftigen Herausforderungen aufgrund der Kapazitätsentwicklungen dermassen gross sind, dass wir wirklich angehalten sind, keine Scheuklappen anzulegen und alle Möglichkeiten zu prüfen. Damit wollen wir prüfen, ob wir mit den weiterverfolgten Ideen bestmöglich unterwegs sind oder ob wir noch bessere Alternativen übersehen haben.

Die in diesem Postulat vorgeschlagenen Ideen wurden bereits mehrfach geprüft. Insbesondere haben die SBB im Jahr 2006 einen ähnlichen Vorschlag bezüglich einer S-Bahnspange Kehrsatz-Worb-Muri-Gümligen geprüft. Sie gelangten zur Einsicht, dass eine solche aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht gerechtfertigt sei. Die heutigen Tangentiallinien sind für die erschlossenen Quartiere wichtig. Sie haben ihre Berechtigung, wenngleich sie niemals die Kapazitäten erfüllen, über welche wir im Rahmen von Tram Region Bern sprechen. Wie erwähnt, befördert die Buslinie Nr. 10 aktuell 16 Mio. Fahrgäste pro Jahr. Diese Dimensionen haben wir ansonsten nicht einmal annähernd auf Tangentiallinien. Deshalb werden diese eher im Busbetrieb und mit einem dünneren Takt betrieben. Diejenigen unter Ihnen, die während der Sanierung der Marktgasse die Linie Ostring/Saali benutzt haben, haben sicher gesehen, wie viele Leute diese bis ins Wankdorf hinausgezogene Tramlinie benutzt haben: Es waren einige wenige. Die grosse Masse musste umsteigen und hat sich entsprechend darüber beschwert. Ich weiss dies, weil ich damals ziemlich oft und absichtlich morgens unterwegs war. Die Leute haben sich zu Recht beschwert. Umsteigen zu müssen ist – insbesondere bei Regen – eine Komforteinbusse. Zudem sind die Leute auch angesichts des von Bernmobil aufgezogenen Zweiminutentakts lieber sitzen geblieben.

Ich möchte gleichwohl zwei grundsätzliche Punkte erwähnen: Bei solchen Grundsatzdiskussionen müssten wir als erstes jeweils auf die Frage, wo wir als Stadt und Region Bern innerhalb der öffentlichen Verkehrslandschaft stehen, Bezug nehmen. Ich bin überzeugt, dass wir sehr gut aufgestellt sind. Dies aus dem Grund, dass sich die Stadt bereits vor einigen Jahren mit der Region zusammengetan und das Verkehrs- und Siedlungskonzept 2007 versabschiedet hat. Dieses gilt bis heute national als vorbildliche Siedlungs- und Verkehrsstrukturentwicklung und ist unter anderem ein Hauptgrund, weshalb die Region Bern bis heute bei den Ein-

gaben für grosse öV-Projekte auf nationaler Ebene immer sehr gut abschneiden. Die Stadt Bern konnte das Tram Bern West realisieren. Derzeit erhalten wir von Seiten des Bundes eine grosse finanzielle Unterstützung für den Ausbau des Bahnhofs Bern. Zudem erhalten wir die bereits genannte Unterstützung für das Tram Region Bern. Des Weiteren wurde die zweite Tramachse im Rahmen der Vernehmlassung des Bundesrats sehr positiv beurteilt. Der Hauptgrund, weshalb die einzelnen öV-Projekte immer überdurchschnittlich gut abschneiden, ist das gemeinsame Fundament und dass wir wissen, wo die Region in den nächsten Jahrzehnten entwickelt wird und wo die Verkehrsströme durchfliessen sollen. Gestützt darauf haben wir in Bern eine Struktur, mittels derer die meisten Linien über den Bahnhof führen. Dies ist einer der Hauptgründe, weshalb Bern die Hauptstadt des öffentlichen Verkehrs ist. Wir sind diejenige Stadt, die am meisten öV-Kilometer pro Person aufweist und am meisten öV-Abonnemente verkauft. Was den öffentlichen Verkehr anbelangt, stehen wir als Stadt Bern aussergewöhnlich gut da, und zwar mit der öV-Struktur, welche wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten entwickelt haben. Ich glaube, wir tun sehr gut daran, weiter auf dieser Struktur aufzubauen. Nun möchte ich denjenigen Punkt des Postulats aufgreifen, welchen wir sehr unterstützen können, nämlich den Aspekt des zusätzlichen Ausbaus der peripheren Umsteigeknoten analog zu jenem im Wankdorf oder in Ausserholligen. Solche Umsteigeknoten sollen vor allem im Rahmen des Trams Region Bern in Ostermundigen ausgebaut und auch in Köniz/Liebefeld aufgewertet oder in Kleinwabern neu geplant werden. Diese Struktur ist sehr wichtig. Es handelt sich aber um eine Zusatzstruktur, welche die Bedeutung des Bahnhofs Bern nie wird ersetzen können. Angesichts dessen, was die SBB für die nächsten Jahrzehnte mit dem Hauptbahnhof im Sinn haben, wird diese Struktur auch nicht ganz umgekrempelt werden.

Noch ein Wort zum Hinweis, wonach es die eine Chance sei, nochmals in grossen Würfeln zu denken: Ich denke, es handelt sich definitiv nicht um den richtigen Moment. Wir werden in Kürze mit dem Baukredit kommen, welcher der Stimmbevölkerung von Ostermundigen, Köniz und Bern vorgelegt werden wird. Es wird sich dabei nicht mehr – wie vor Jahren – um einen Planungskredit handeln. Dieser war die Grundlage, um die Beiträge von Bund und Kanton zu erhalten. Jetzt steht der Moment der Realisierungsphase an. Was alle weiteren Schritte anbelangt, bin ich sehr gerne bereit, darüber zu diskutieren und in grösseren Zusammenhängen zu denken. Helfen Sie mit, das Tram Region Bern jetzt zu realisieren! Wenn wir bereits heute 16 Mio. Fahrgäste auf einer einzigen Buslinie transportieren und wissen, wie die zukünftige Entwicklung prognostiziert ist, machen wir mit dem Tram Region Bern – was die Kapazitäten anbelangt – definitiv nichts falsch.

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich erinnere Sie daran, dass Sie die Erheblicherklärung nicht bestritten und das Dringliche Postulat bereits erheblich erklärt haben. Wir stimmen nur noch über die Frage ab, ob die Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht gilt. Ich habe diversen Voten entnommen, dass zum Teil von einem anderen Stand ausgegangen wurde.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich.
3. Die Stellungnahme des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht (51 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 015*

2013.SR.000394

4 Kleine Anfrage Fraktion GLP (Michael Köpfli, GLP): Ist der Umfang der Überwachung von Quartierentsorgungsstellen angemessen?

Die Direktorin TVS *Ursula Wyss* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Quartierentsorgungsstellen (QES) sind – ihrem Namen entsprechend – mitten in den Quartieren angesiedelt. Die Überwachung der Betriebszeiten dient darum in erster Linie der Anwohnerschaft, die verständlicherweise vor unliebsamen Beeinträchtigungen – insbesondere vor Lärmbelastigungen – geschützt werden will. In einer ersten Phase erfolgte die Überwachung mittels Anzeigen, seit dem 1. Oktober 2012 werden die Mitarbeitenden der privaten Sicherheitsfirma aber nur noch für Informations- und Sensibilisierungszwecke eingesetzt. Der „Beobachter“-Artikel vom 13. November 2013 – ich erlaube mir eine nicht mit dem Gemeinderat abgesprochene Klammerbemerkung zu machen – auf den sich die Kleine Anfrage wahrscheinlich bezieht, spricht im Präsens und suggeriert, dass die kritisierte Handhabung immer noch so erfolgt. Besagte Praxis wurde bereits im letzten Jahr beendet. Die private Sicherheitsfirma ist nur noch vor Ort präsent, hält aber keine Leute mehr an. Vor diesem Hintergrund kann ich die Fragen wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

<i>Jahr</i>	<i>Stunden</i>	<i>Kosten</i>
2011	1 155.25	Fr. 66 494.70
2012	1 513.00	Fr. 82 354.00
2013 (1. Halbjahr)	561.50	Fr. 30 569.00

Der erhöhte Einsatz im Jahr 2012 war eine Folge der Umsetzung des Beschlusses, ab 1. Oktober 2012 keine Kunststoffe mehr in den QES zu sammeln; dies erforderte in den ersten Wochen einen verstärkten Sensibilisierungseinsatz.

Zu Frage 2: Einnahmen fielen nur solange an, wie Bussen verteilt wurden. Dabei erstattete Entsorgung & Recycling jeweils Anzeige beim Polizeiinspektorat, wohin letztlich auch die Busseneinnahmen flossen:

<i>Jahr</i>	<i>Anzahl Anzeigen</i>	<i>Einnahmen aus Bussen</i>	<i>Gesamtaufwand*</i>
2011	516	Fr. 30 960.00	Fr. 121 664.70
2012	211	Fr. 12 660.00	Fr. 47 141.60
2013	keine Anzeigen		

Als Gesamtaufwand gelten dabei die Kosten der privaten Sicherheitsdienste und die Personalkosten des Polizeiinspektorats und der Abteilung Entsorgung & Recycling.

Zu Frage 3: Insbesondere seit dem Verzicht auf die Kunststoffsammlung im Jahr 2012 hat sich die Situation bei den QES massiv verbessert. Die Sammelstellen sind heute sauberer und es gibt deutlich weniger Reklamationen. Dazu haben die Informations- und Sensibilisierungskampagnen massgeblich beigetragen. Man kann sicher sagen, dass seit dem Jahr 2012 eine massive Beruhigung stattgefunden hat. Unsere Mitarbeitenden stellen fest, dass es um die QES herum eindeutig sauberer ist und dass wir viel weniger Klagen seitens von Anwohnerinnen und Anwohnern, auch was den Lärm betrifft, haben.

Zu Frage 4: Das Entsorgungsverbot in der Nacht sowie an Sonn- und Feiertagen ist eine zentrale Voraussetzung für die Akzeptanz und den Betrieb der QES, die mitten im Quartier stehen. Damit die Zeiten beachtet werden, ist erfahrungsgemäss eine punktuelle Überwachung notwendig. Die Kosten für diese Massnahmen erachtet der Gemeinderat insgesamt als vertretbar.

Michael Köpfli (GLP): Danke für die Antwort. Offensichtlich will man den Umfang der Überwachung doch etwas reduzieren. Ich bin unmittelbarer Anwohner einer QES und habe immer

wieder beobachtet, wie sich Sicherheitsbeamte hinter einer kleinen Mauer versteckt haben und aus ihrem Versteck getreten sind, wenn jemand eine Flasche entsorgt hat. Das fand ich immer etwas absurd. Als Anwohner würde ich es schätzen, wenn die Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen zumindest tagsüber liberalisiert würden. Der bei den neuen, viel besser im Boden versenkten Anlagen erzeugte Lärm ist viel geringer als der Verkehr oder das Glockengeläute der Kirchen. Ich gehe davon aus, dass sich niemand an liberaleren Öffnungszeiten stören würde, zumal das Litteringproblem abnehmen würde. Wer im Sommer von der Aare nach Hause kommt, kann nämlich seine PET-Flasche und seine Sonntagszeitung nicht entsorgen. Weil man für die Entsorgung in der QES gebüsst bzw. derzeit verwarnt wird, werden PET-Flaschen und Zeitungen entweder in einen Abfalleimer oder auf den Boden geworfen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.SR.000395

5 Kleine Anfrage Christa Ammann (AL): Anerkennung von Freiwilligenarbeit bei der Vergabe von subventionierten Kita-Plätzen

Die Direktorin BSS *Franziska Teuscher* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Gemeinderat erinnert daran, dass die Eckwerte und Rahmenbedingungen für den Anspruch auf Betreuungsgutscheine von der Stimmbevölkerung in den Volksabstimmungen vom 15. Mai 2011 und 15. Juni 2013 (Betreuungsreglement) festgelegt worden sind. Der Gemeinderat hat hier keinen Ermessensspielraum. Er setzt lediglich die gesetzlichen Vorgaben um.

Zu den einzelnen Fragen: *Zu Frage 1:* Verlässliche Zahlen können nicht genannt werden, da die Abklärungen im Zusammenhang mit den Erwerbsspensen noch im Gange sind und sich auch laufend noch Änderungen ergeben. Sicher ist, dass sich bei einer erheblichen Zahl von Eltern der Anspruch auf einen vergünstigten Betreuungsplatz reduzieren wird. Selten sind Eltern, die den Anspruch völlig verlieren. *Zu Frage 2:* Wie oben erwähnt hat der Gemeinderat keinen Ermessensspielraum. Die Berücksichtigung der ehrenamtlichen Arbeit ist im Betreuungsreglement nicht vorgesehen. *Zu Frage 3:* Die Umsetzung erfolgt strikt nach den Bestimmungen des Betreuungsreglements und der Betreuungsverordnung. Es gibt keine anderslautenden Vorgaben. *Zu Frage 4:* 2013 stehen 768 subventionierte Plätze zur Verfügung. Ab 2014 werden sich 42 private Kitas mit insgesamt 1 358 Plätzen am Gutscheinsystem beteiligen. Es ist aber noch völlig offen, wie viele dieser Plätze mit Betreuungsgutscheinen vergünstigt werden. Dies hängt einerseits davon ab, wie viele Plätze die Kitas für Betreuungsgutscheine zur Verfügung stellen wollen und andererseits von der Einkommenssituation der Eltern. Ab einem massgebenden Einkommen von Fr. 153 720.00 erlischt der Anspruch auf einen Betreuungsgutschein und es ist der Volltarif zu bezahlen.

Christa Ammann (AL): Ich bedanke mich für die Antwort. Der wesentlichen Frage, weshalb Freiwilligenarbeit nicht berücksichtigt wird, wurde ausgewichen, indem sich der Gemeinderat hinter dem Betreuungsreglement versteckt. Ich werde mir überlegen, einen entsprechenden Vorstoss einzureichen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.SR.000034

6 Interpellation Fraktion GB/JA! (Mess Barry, GB): Bessere Chancen für Migrantinnen und Migranten auf dem Schweizer Arbeitsmarkt: Sprachkurse als Schlüssel für die Integration. Nur mit Sprachkenntnissen und Akzeptanz gibt es eine Garantie für eine erfolgreiche Integration

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht (32 Ja, 25 Nein, 2 Enthaltungen). -

Mess Barry (GB), Interpellant: Die GB/JA!-Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderats nur teilweise zufrieden. Wir vermissen konkrete Zahlen. Zudem wurden nicht einmal alle von uns gestellten Fragen beantwortet. Frage 3 wurde nicht beantwortet. Es muss ein Ziel des Gemeinderats sein, Menschen ohne Berufslehre durch gezielte Massnahmen zu einem Abschluss zu verhelfen. In seiner Antwort stellt der Gemeinderat nur fest, dass die bisherigen Massnahmen nicht ausreichen, um wirklich allen eine Berufslehre zu ermöglichen. Diesbezüglich sehen wir Handlungsbedarf. Ein Problem besteht darin, dass es nicht einfach ist, Arbeitgeber zu finden, die bereit sind, Ausbildungsplätze für Erwachsene zu schaffen. Daher müssen die Bemühungen des Gemeinderats darin bestehen, Ausbildungsplätze für die Nachholbildung gemäss Art. 32 der Berufsbildungsverordnung (BBV) zu schaffen. Zudem soll er Sprachkurse auf Niveau B1 oder sogar auf Niveau B2 garantieren. Eine Chance, eine Ausbildung zu absolvieren, besteht nur, wenn man über Sprachkenntnissen auf diesem Niveau verfügt.

Fraktionserklärungen

Fuat Köçer (SP) für die Fraktion SP: Zuerst möchte ich mich im Namen der SP-Fraktion herzlich bei Mess Barry bedanken, weil er ein sehr wichtiges Thema anspricht, wonach einerseits Sprachkenntnisse für eine gelungene Integration sehr wichtig sind. Andererseits spielt die Akzeptanz der Migrantinnen und Migranten eine wichtige Rolle. Diesbezüglich müssen wir uns auch folgende Frage stellen: Was heisst Akzeptanz in diesem Zusammenhang konkret? Als erstes sicher, dass Migrantinnen und Migranten nach gesundem Menschenverstand als gleichwertige Mitmenschen erachtet werden. Das heisst meines Erachtens auch Akzeptanz der bisher erbrachten Leistungen. Dass dies leider nicht die Regel ist, wird bereits in der Interpellation thematisiert. Ich zitiere: „Unter anderem sind sie mit dem Problem konfrontiert, dass ihre im Ausland erworbenen Diplome in der Schweiz nicht anerkannt werden.“ Die fehlende Anerkennung der Diplome – aus meiner Sicht damit auch die fehlende Akzeptanz der Migrantinnen und Migranten – führt ebenfalls dazu, dass überqualifizierte Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger mit einem Migrationshintergrund von unserem System wahrscheinlich systematisch produziert werden. Auf dieses Problem wird mit Frage 3 der Interpellation eingegangen. Ich zitiere: „Was unternimmt der Gemeinderat, damit die Migrantinnen und Migrantinnen, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe beziehen, eine Berufslehre als Nachholbildung gemäss Lehrvertrag (...) absolvieren können?“ Leider fällt die Antwort des Gemeinderats nicht sehr befriedigend aus. In der Antwort wird uns schön erklärt, welche Wege und Voraussetzungen bestehen, um eine Berufslehre abschliessen zu können und dass die überwiegende Mehrheit der Sozialhilfebeziehenden diese Voraussetzungen nicht erfüllt. Was der Gemeinderat konkret dagegen unternimmt, ist leider nicht Gegenstand seiner Antwort. Somit möchte ich Frage 3 nochmals zitieren und den Gemeinderat bitten, dazu Stellung zu nehmen: „Was unternimmt der Gemeinderat, damit die Migrantinnen und Migrantinnen, die Arbeitslosen- und“

Sozialhilfe beziehen, eine Berufslehre als Nachholbildung gemäss Lehrvertrag (...) absolvieren können?“

Roland Jakob (SVP) Fraktion (SVP): Wir sind immer wieder erstaunt, wie in diesem Saal über Integration gesprochen wird und wie dabei unsere eigenen Kinder aussen vor gelassen werden. Es ist schon eine leichte Frechheit, für Migrantinnen und Migranten einen Sekundarschulabschluss zu propagieren, während die Perspektiven unserer Kinder, die vielleicht einen Realschulabschluss haben, nicht einmal diskutiert werden. Integration ist grundsätzlich keine Minderheitsfrage. Integration ist eine Frage des Zusammenkommens und Zusammenlebens. Es erobert einen sehr, im Rat Vorstösse zu diskutieren, welche jeweils nur dazu dienen, unsere Gesellschaft noch weiter auseinanderzutreiben. Jemand, der vielleicht im Alter von 15 Jahren in die Schweiz kommt, wird wahrscheinlich Mühe haben, einen Sekundarschulabschluss zu erlangen. Dies insbesondere, weil er in seinem Herkunftsland nicht auf dem gleichen schulischen Niveau ausgebildet wurde, wie er es hier erleben darf. Jemand, der aus einem anderen Land kommt und in der Schweiz höher eingestuft wird, hat keine Probleme. Integration läuft immer unter dem Deckmantel, dass wir für das Wohlergehen aller anderen Kinder besorgt sind, dabei aber unsere eigenen vergessen. So kann es nicht weitergehen! Jede Frage der Integration scheitert an Art. 17 des kantonalen Volksschulgesetzes (VSG). Dieser ist einseitig, sehr unkollegial und hilft unseren Kindern nicht weiter. Unsere eigene Kultur wird darin verleugnet. Zudem müssen wir uns den Machenschaften aus anderen Ländern unterwerfen. So geht es nicht! Da tritt jemand ans Rednerpult und erzählt, wie schön es sei, dass aber nicht alles zufriedenstellend sei und „brösmelet“ etwas daher. Das regt einen auf!

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Hier „brösmelet“ niemand; es wird geredet!

Roland Jakob (SVP) Fraktion (SVP): Die Feststellung, dass unsere Kinder seitens der Ratslinken vergessen werden, führt zu weiterer Aufregung. Ich sage es gerne noch drei-, vier- oder fünfmal: Integration ist ein Miteinander; sie besteht nicht darin, Forderungen zu stellen. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise auch Rechte und Pflichten zu nennen. Man kann nicht immer schauen, wer seitens der „Integrativen“ wo angestellt und gefördert wird. Unsere Kinder haben die gleichen Rechte. Solange wir dies nicht hinkriegen, kann nicht von Integration, sondern nur von Bevorzugung die Rede sein. Wir wollen definitiv keine Bevorzugung. Unsere Kinder haben die gleichen Rechte! Ich möchte gerne einmal einen Vorstoss seitens der Linken erleben, bei welchem sie erklären, was mit Schweizer Kindern geschieht, die durch die Maschen fallen. In diesem Zusammenhang wird nicht von Integration gesprochen, soziale Aspekte werden im Gegenteil vergessen. Unsere Kinder sind leider Schweizer. Das ist das Problem. Nochmals: Integration bedeutet für alle das Gleiche. Deshalb würde es mich freuen, wenn auch die linke Seite endlich für ein Miteinander aufstehen würde, anstatt immer nur für die von aussen Kommenden und am Schluss Nutzniessenden etwas zu tun. Demzufolge ist jede weitere Diskussion überflüssig.

Mess Barry (GB): Ich habe von Seiten der SVP gehört, dass Integration nur einseitig sei. Das sehe ich anders: Integration soll – wie Sie gesagt haben – von beiden Seiten gelebt werden, im Sinne eines Gebens und Nehmens. Es soll nicht einfach nur gefordert werden. Ich erwarte von Migranten, dass sie sich integrieren. Man sollte auch verlangen, dass genau Sie sich integrieren, anstatt immer von anderen zu fordern, dass sie sich integrieren.

Manuel C. Widmer (GFL): Ich kann die Brandrede von Roland Jakob nicht so stehen lassen und möchte ein paar Punkte berichtigen. Erstens hat Art. 17 VSG reichlich wenig mit der Integration von Ausländerinnen und Ausländern zu tun. In Art. 17 VSG geht es darum, bei-

spielsweise Kinder mit Lernbehinderungen in unsere Schulklassen zu integrieren. Das ist der Kern von Art. 17 VSG. Zweitens: Wenn Sie dermassen besorgt darum sind, dass Schweizer Kinder eine schlechtere oder sogar schlechte Bildung erhalten, dann unterhalten Sie sich einmal mit Ihrer Kantonalpartei, welche vor zwei Wochen in diesem Saal einen Bildungsabbau für den ganzen Kanton beschlossen hat, d.h. ebenso für Ihre Schweizer Kinder, um welche Sie sich derart sorgen. Das Problem besteht darin, dass wir die Bildung nicht mehr ernst nehmen und folglich zu wenig dafür ausgeben – ungeachtet, ob es sich um Schweizer oder um Ausländerkinder handelt.

Fuat Köçer (SP): Ein sprachliches Defizit ist etwas, was man den Migrantinnen und Migranten in diesem Land immer wieder vorwirft. Ich habe aber den Eindruck, dass zu meiner linken bzw. politisch rechten Seite bezüglich der Bedeutung des Wortes Integration sprachlich nicht alles verstanden wurde. Integration ist etwas, das auf Reziprozität, d.h. auf Gegenseitigkeit sowie auf Konsens und Mittelwegen beruht. Soweit zu meiner ersten Bemerkung. Zweitens ist es aus meiner Sicht eine Frage des Anstands, dass man – wenn man am Rednerpult spricht – eine persönlich angesprochene Person dabei anschaut. Roland Jakob, das würde ich von Ihnen erwarten! Das empfand ich nicht als sehr schweizerisch. Der nächste Punkt betrifft die Bildung: Wenn wir 100 Kinder aus akademisch gebildeten Familien aus der Türkei – von dort komme ich ursprünglich her – in die Schweiz holen und einem Vergleich mit 100 Schweizer Kindern aus bildungsfernen Familien unterziehen würden, möchte ich mit Ihnen nochmals über die Korrektheit Ihrer Aussagen sprechen. Das Problem ist nicht auf den Migrationshintergrund zurückzuführen – es ist schichtspezifisch. Wenn Sie nicht mit mir einig sind, kann ich nicht mehr viel dazu sagen. Ich wünsche Ihnen dann einen guten Appetit.

Roland Jakob (SVP): Ein paar Aussagen müssen klargestellt werden. Lieber Manuel Widmer, auf im Grossen Rat beschlossene Sparmassnahmen betreffend den Bildungsbereich habe ich leider keinen Einfluss. Ich bin nicht Grossrat und Sie auch nicht. Fakt ist aber, dass, wenn man im Stadtrat Sparmassnahmen im Kulturbereich – allenfalls zugunsten der Bildung – treffen will, Sie zu jenen gehören, die die Kultur der Bildung vorziehen. Noch an die Adresse meines Vorredners: Es kann nicht sein, dass wir uns als Schweizer im eigenen Land integrieren müssen. Denn wir halten uns an das geltende Recht. Ansonsten dürfen wir die entsprechenden Folgen bei Missachtung unseres Rechts zu spüren bekommen. Wenn ich ins Ausland reise, respektiere ich die Gepflogenheiten des jeweiligen Landes. Wenn ich vor einer Moschee stehe, werde ich sicher nicht nach Gutdünken hineinmarschieren, sondern weiss, wie ich mich zu benehmen habe. Respekt ist auch ein gewisser Teil der Integration. Wenn jemand am Rednerpult sagt, dass wir uns im eigenen Land zugunsten der Immigranten integrieren sollen, habe ich ganz sicher ein Verständnisproblem – und zwar ein schwerwiegendes!

Erich Hess (SVP): Ich glaube, grundsätzlich gibt es in keinem anderen Land so viel Unterstützung für Ausländer wie in der Schweiz und in der Stadt Bern. Man entnimmt es auch der Antwort des Gemeinderats: Die Integrationsprogramme werden – bei einem Ausländeranteil von rund 23 Prozent – zu fast 50 Prozent von Ausländern besucht. Die Integrationsprogramme werden überdurchschnittlich von Ausländern genutzt; sie sind so ausgestaltet, dass Ausländer überdurchschnittlich davon profitieren können. Deshalb habe ich kein Verständnis für den in der Interpellation zum Ausdruck gebrachte Aufruhr. Die Aussage, wonach beide Seiten aufeinander zugehen sollen, trifft grundsätzlich nicht zu. Nein, die Ausländerinnen und Ausländer sind Gäste bei uns in Bern! Sie haben sich unseren Sitten und Gebräuchen anzupassen. Wenn es ihnen hier nicht gefällt, dürfen sie gerne wieder nach Hause zurückkehren. Sie dürfen auch nach Hause gehen, wenn es ihnen nicht gelingt, sich in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren. Es käme uns sogar viel günstiger zu stehen, wenn sie in ihr Heimatland zurück-

kehrten, wenn sie nicht fähig sind, sich bei uns zu integrieren. In anderen Ländern – lassen Sie sich einmal in den USA oder in einem anderen Land nieder – erhalten Sie nirgends eine Integrationshilfe. Die Schweiz ist das einzige Land, welches die Ausländer dermassen gut unterstützt. (*Ein paar Mitglieder der Ratslinken verlassen den Saal demonstrativ*). So wird die Demokratie auch von Ausländern bzw. eben von ehemaligen Ausländern, die den Saal zum Teil verlassen haben, verstanden. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass den Schweizern ganz sicher keine Ausländer vorgezogen werden sollen und dass wenn möglich eine Gleichbehandlung vorherrschen sollte. Zudem müssen die Ausländer den Willen haben, sich bei uns zu integrieren und nicht umgekehrt.

Mess Barry (GB): Erich Hess, ich habe Sie kürzlich in der „Arena“ auf SRF gesehen. Dort haben Sie gesagt, dass ein Schweizer Sozialhilfe beziehen darf. Hingegen würden Ausländer nicht in die Kasse der Sozialhilfe einbezahlen. Diejenigen Ausländerinnen und Ausländer, die staatliche Unterstützung erhalten, sind allerdings mit einem Schweizer oder einer Schweizerin zusammen. Das heisst, dass sie sehr gut integriert sind und dass ihre Schwiegereltern in die Kasse einbezahlt haben. Die Ausländerinnen und Ausländer haben genau den gleichen Wert wie Sie! Wer in Ihren Augen ein Ausländer ist, ist genauso Mitglied einer Schweizer Familie wie Sie auch! Sie widersprechen sich!

Bernhard Eicher (FDP): Inzwischen wurde wohl gesagt, was gesagt werden musste. Da es sich um eine Interpellation handelt, haben wir nichts zu beschliessen. **Deshalb beantrage ich, die Beratung von Traktandum Nr. 6 abzubrechen und mit der Traktandenliste fortzusetzen.**

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Wir stimmen über diesen Ordnungsantrag ab. Weil sich Melanie Mettler vorher als Sprecherin angemeldet hat, darf Sie gemäss Reglement ihr Votum noch halten.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Eicher (FDP) zu (52 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung).
Abst.Nr. 017

Melanie Mettler (GLP): Ich finde es sehr lobenswert, wenn man sich für die Leute im eigenen Umfeld einsetzen will. Dafür sind wir wohl alle im Stadtrat. Ein Gesellschaftsbild, welches darauf beruht, dass eine Gesellschaft aus Leuten besteht, die die gleichen Papiere oder die gleiche Hautfarbe haben, stammt aus einem vergangenen Jahrhundert und entspricht nicht mehr der Realität. Wir profitieren von einer globalisierten Welt und bewegen uns darin. In der Folge geht es darum, dass man sich auch als Gemeinschaft in einer globalisierten Welt anpasst. Die Schweiz besteht nicht aus Schweizerinnen und Schweizern, welche sagen müssen, seit wie vielen Generationen sie in der Schweiz sind, sondern auch aus denjenigen Leuten, die mit uns arbeiten, Steuern bezahlen und sich mit uns in einem Wirkungsraum bewegen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

2013.SR.000396

7 Kleine Anfrage Matthias Stürmer (EVP): Gleich lange Spiesse für Backpackers und Jugendherbergen

Der Direktor FPI *Alexandre Schmidt* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Zur Frage des tieferen Abgabesatzes auch für Backpackers äusserte sich das Regierungsstatthalteramt in einem Entscheid vom 30. August 2001 im Rahmen eines entsprechenden Beschwerdeverfahrens. Das Regierungsstatthalteramt wies damals die Beschwerde ab und hiess somit eine differenzierte Erhebung der Übernachtungsabgabe vorwiegend mit der Begründung gut, dass die Jugendherbergen gemeinnützige Betriebe seien und demnach ohne Gewinnorientierung arbeiten. Das Regierungsstatthalteramt führte weiter aus, die Entstehungsgeschichte der Übernachtungsabgabe lasse klar erkennen, dass es sich bei der Besserstellung der Jugendherbergen bezüglich Abgabesatz um eine explizite, auf der fehlenden Gewinnorientierung gründende und geschichtlich hervorgerufenen Privilegierung handle. *Zu Fragen 1 und 2:* Aus datenschutzrechtlichen Überlegungen verzichtet der Gemeinderat auf die Nennung genauer Beträge, da daraus geschlossen werden könnte, wie hohe Übernachtungsabgaben einzelne Betriebe leisten.

Bezogen auf die Abrechnungen 2012 der Hotel Glocke GmbH und der Jugendherberge würde sich der Mehrertrag bei der Übernachtungsabgabe auf mehrere zehntausend Franken belaufen, wenn die Jugendherberge künftig für Gäste in Privatzimmern die normale Übernachtungsabgabe von Fr. 2.80 bezahlen müsste. Dieser Mehrertrag wäre rund doppelt so hoch wie der Minderertrag für den Fall, dass die Hotel Glocke GmbH künftig nur noch Fr. 1.40 pro Gast und Übernachtung entrichten müsste. Der Gemeinderat kann keine Aussage darüber machen, ob allenfalls neben der Hotel Glocke GmbH weitere Betriebe eine Backpacker-Definition geltend machen würden, wenn es diese Möglichkeit gäbe.

Zu Frage 3: Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die aktuelle Lösung gerechtfertigt ist und nach wie vor Sinn macht. Er begründet diese Haltung mit dem unterschiedlichen Geschäftsmodell, insbesondere der fehlenden Gemeinnützigkeit der Hotel Glocke GmbH.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

Mitteilungen des Präsidenten

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich muss nochmals auf Traktandum Nr. 6 zurückkommen. Wir haben die Diskussion abgebrochen und sind zu Traktandum Nr. 7 übergegangen. Nun hat sich die Frage gestellt, ob sich dieser Abbruch auch auf den Gemeinderat bezieht. Mit Blick auf das Geschäftsreglement stellt sich konkret die Frage, ob die Diskussion Sache des Stadtrats ist und sich der Gemeinderat unabhängig davon äussern kann. Diese Frage ist nicht explizit im Geschäftsreglement geregelt. Frau Gemeinderätin Teuscher hat nun den Kompromissvorschlag gemacht, wonach Sie sich gerne nach der Sitzung mit ihr über das Thema der Interpellation unterhalten können. Vielen Dank, das ist sehr nett!

Ich breche an dieser Stelle ab, wobei Claude Grosjean nicht ganz unglücklich zu sein scheint, dass sein wichtiges Geschäft heute nicht mehr behandelt wird. Dafür erhält er die Gelegenheit, dieses im nächsten Jahr zu positionieren.

Schlusswort des Präsidenten

Vorsitzender *Rudolf Friedli*: Ich komme nun zu meinem Schlusswort. Ich habe die Schlussworte der letzten Stadtratspräsidien durchgelesen und festgestellt, dass alle mit Statistiken um sich geworfen haben. Ich mache trotzdem zu Beginn ein paar statistische Angaben: Wir haben dieses Jahr 48 Sitzungen durchgeführt; im vergangenen Jahr waren es 51. Wir haben mit der heutigen Sitzung 92 Stunden und 40 Minuten diskutiert. Im letzten Jahr waren es 107 Stunden und 10 Minuten. Wir haben 508 Geschäfte traktandiert; im letzten Jahr waren es 627. Davon waren 99 verschobene Geschäfte; im letzten Jahr waren es 201. Total haben wir 409 Geschäfte behandelt; im letzten Jahr waren es 426. Ich darf noch vermelden, dass wir im August dieses Jahres ein historisches Tief an Vorstössen hatten. Damals waren wir bei einer Pendenz von 55 Vorstössen. Danach ging es leider wieder aufwärts. Ich durfte insgesamt drei Stichentscheide fällen. Der erste war spektakulär und fand zu Beginn meines Präsidialjahres statt. Aus meiner Sicht hat es sich damals um einen Fehlentscheid gehandelt, über welchen auch in den Zeitungen berichtet wurde. Ich kann Ihnen – wie damals – versichern, dass ich – wenn es um viel Geld oder um einen wegweisenden Entscheid gegangen wäre – dafür gesorgt hätte, dies rückgängig zu machen. Schliesslich besteht die Möglichkeit, einen Rückkommensantrag zu stellen. Bei besagtem Geschäft fand ich es nicht sehr schlimm, dass es nicht korrigiert wurde. Im Januar 2013 hatten wir 117 Pendenzen. Heute Abend haben wir 100 Pendenzen. Wir konnten also etwas abbauen. Damit möchte ich den Statistikteil abschliessen. Wie viele Minuten wir pro Geschäft aufgewendet haben, können Sie selber ausrechnen. Ein Geschäft ist mir besonders in Erinnerung geblieben: Wir haben ganze zwei Stunden über den Zonenplan Riedbach diskutiert. Das hat mich damals fast aus den Socken gehauen! Im Januar durften wir die Finanzdelegation wählen und mussten ein sehr kompliziertes Abstimmungsprozedere durchführen. Für mich war es während meiner elf Jahre im Stadtrat das erste Mal, dass wir eine geheime Wahl mit Zetteln durchführen mussten. Schliesslich mussten wir noch in einer weiteren Sitzung darauf zurückkommen, weil kein SVP-Mitglied gewählt worden war. Das Ganze war also sehr spektakulär. Ebenfalls in Erinnerung bleiben wird mir die Sitzung vom 17. Oktober, als die Abstimmungsanlage nicht mehr funktionierte. Die GFL sagte, bei ihren Mitgliedern funktionierten die Abstimmungsknöpfe nicht. Das Ganze wurde mit einem Antrag auf Namensaufrufabstimmung garniert, was mich etwas in Rage versetzt hat. Deshalb hätte ich eigentlich dieses Plakat hochhalten sollen. (*Der Vorsitzende hält ein grosses Plakat mit der Aufschrift „Gopffriedli“ hoch*). Dieses wurde mir vom Stadtpräsidenten anlässlich meiner Feier in Bümpliz überreicht, damit ich es aufhalten könne, wenn ich mich aufrege. An der Sitzung vom 17. Oktober 2013 hätte ich das Plakat zur Hand haben sollen. Aber auch dieses Vorkommnis hat sich in Minne aufgelöst, indem Erich Hess und ich danach ein Bier getrunken und zusammen gelacht haben. Ich habe – wie erwähnt – von Sue Elsener sogar einen Caipirinha bezahlt bekommen. Insofern hat es sich gelohnt. (*Heiterkeit*). Abschliessend möchte ich mich beim Ratssekretariat für die geleistete Arbeit bedanken. Für mich war es sehr „easy“, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Ich musste nie eingreifen; es ist einfach gelaufen. Es gab frühere Ratspräsidien, die es in eine wesentlich schlechtere Zeit getroffen haben. Jetzt hat sich alles konsolidiert. Es läuft einfach tipptopp im Ratssekretariat! Vielen Dank an Daniel Weber und an sein Team! Ich möchte auch Tania Espinoza danken. Sie hat mich immer tatkräftig unterstützt, was Sie vielleicht nicht immer sehen konnten. Beim Budgetprozess hat sie mir Post-it-Zettel vorbereitet. Tania Espinoza, vielen Dank! Ich bin überzeugt, dass Sie das Präsidialamt im nächsten Jahr tadellos ausführen werden. Ich möchte auch dem Büro danken. Wir haben vier Sitzungen durchgeführt und immer eine konstruktive Atmosphäre gehabt. Die Garderobe-Damen waren dieses Jahr noch da – ihnen möchte ich in Abwesenheit dafür danken, dass sie immer da waren. Den Telefondienst haben wir immer noch – Ihnen möchte ich ebenso danken. Schliesslich möchte ich Ihnen, allen Stadtratsmit-

gliedern, für das gemeinsam verbrachte Jahr danken. Ich habe es als angenehm empfunden. Ich möchte ebenfalls dem Gemeinderat für seine Arbeit danken. Ich finde die Zusammenarbeit gut. Diese hat sich insbesondere auch darin geäußert, dass Gemeinderat Schmidt beispielsweise rechtzeitig auf uns zugekommen ist und angefragt hat, ob wir helfen, seine zeitlichen Probleme zu lösen. Dass wir einander Hand bieten und Verständnis entgegen bringen, halte ich für einen sehr wichtigen Zug. Wir sind alle daran interessiert, für unsere Stadt das Beste zu tun. Ein Ansatz besteht darin, gegenseitiges Verständnis aufzubringen. Ich habe das Präsidialjahr sehr genossen und dieses Amt gerne ausgeübt. Ich werde dieses Jahr in sehr guter Erinnerung behalten. Es war schön für mich. Ich danke Ihnen dafür, dass ich im Jahr 2013 Ihr Ratspräsident sein durfte und wünsche Ihnen für das nächste Jahr – unter der Leitung von Tania Espinoza – alles Gute!

Wir werden gleich ins Restaurant Kirchenfeld gehen. Am besten nehmen Sie das Tram, weil ich keinen Transport organisieren werde. Das ist meine persönliche Sparmassnahme, obwohl ich bereits gefragt wurde, ob ab dem Rathaus ein Bus ins Kirchenfeld fahre. Einen solchen gibt es nicht. Sie müssen schon zum Casino gehen und eine Station mit dem Tram fahren. Um 19.30 Uhr geht es im Restaurant Kirchenfeld mit einem Aperitif weiter. Um 20.15 Uhr gibt es ein Nachtessen. Ich habe nicht vor, dort noch eine Rede zu schwingen, das ist hiermit geschehen. Ich danke Ihnen für alles. *(anhaltender Beifall)*

Schlusswort des Gemeinderats

Direktor SUE *Reto Nause* namens des Gemeinderats: Der lange Applaus zeigt es – wir alle danken Ihnen! Ich möchte Ihnen im Namen des Stadtrats und des Gemeinderats danken und eine kleine Würdigung Ihrer Amtszeit vornehmen. Es ist bereits ein Jahr her, seit die neue Legislaturperiode begonnen hat. Das erste Jahr einer Legislaturperiode ist meines Erachtens immer sehr speziell. Das neu gewählte Parlament muss sich zuerst finden. Das Parlament bestand anfangs Jahr aus einem Drittel neuer Mitglieder, währendem ehemals vertraute Gesichter verschwunden waren. Nicht mehr vertreten sind die EDU und die Schweizer Demokraten. Die Grünliberalen haben dafür drei Sitze mehr erhalten. Ein ratshistorisches Novum wurde seitens des Grünen Bündnisses mit der ersten reinen Frauenfraktion produziert. Allerdings überdauerte dieses Novum nur den Wahlsonntag. Nach dem kometenhaften Aufstieg von Aline Trede in den Nationalrat war die erste reine Frauenfraktion bereits Geschichte. Die Voraussetzungen für den neuen Ratspräsidenten waren damit alles andere als einfach. Anfangs Jahr konnte er noch nicht wissen, wie sich die Zusammenarbeit innerhalb des neu zusammengesetzten Rats entwickeln würde. Zudem muss man sehen, dass der erste Stadtratspräsident einer Legislaturperiode die schwierigste Aufgabe hat, aber auch die Standards setzt und eine Duftmarke für die nächsten drei Jahre hinterlässt, dahingehend, wie der Rat auch in den nächsten drei Jahren miteinander diskutieren und funktionieren soll. Wir haben es gehört: Es wurden 48 Sitzungen durchgeführt. Nach nun 92 Stunden des Debattierens wissen wir, dass es funktioniert hat. Das hat mit der guten und gewissenhaften Führung durch Ruedi Friedli zu tun. Lieber Ruedi Friedli, dass Sie einen guten Job gemacht haben, ist sicher! Zudem haben Sie den Stadtrat mit harter Hand geführt. Am meisten schmunzeln musste ich, als Sie die eigene Fraktion ermahnt und ihr zugerant haben: „Was wollen Sie denn schon wieder?!“. Damit haben Sie eine Duftmarke gesetzt. Aber nicht nur das Parlament, welchem Sie vorstanden, war neu. Auch sonst hat das ausklingende Jahr in vielen Bereichen einige Spezialitäten geboten. Im Jahr 2013 konnte der Berner Stadtrat unter Ihrem Präsidium sein 150-Jahr-Jubiläum feiern. Es wurden gewichtige Geschäfte traktandiert, von denen Sie einige erwähnt haben. Sie haben für die Volksschule Brünnen einen Kredit in der Höhe von 37 Mio. Franken gesprochen und über die Gemeinwesenarbeit diskutiert. Weiter haben Sie einen

neuen Entsorgungshof für 15,7 Mio. Franken bewilligt. Überdies wurden auch sehr umstrittene Geschäfte traktandiert, darunter der Neubau am Centralweg, der Baukredit für die Sanierung des Stadttheaters, der Zonenplan Riedbach und die Betreuungsgutscheine. Wegen des Umbaus des Berner Rathauses tagte der Berner Stadtrat zweimal auswärts; zuerst im Theater National, dann im Kursaal. Das wurde früher kaum je gemacht. Nicht nur ohne Ratssaal, sondern auch ohne Technik haben Sie, lieber Ruedi Friedli, einen geordneten Ratsbetrieb gewährleistet. Selbst im Oktober, als die Abstimmungsanlage ausgefallen war und per Handzeichen abgestimmt wurde, bewahrten Sie einen kühlen Kopf. Ich habe die Szenen, die sich damals hier im Ratssaal abgespielt haben, noch plastisch vor Augen. Als eine Holztafel herunterfiel und beinahe die Vizepräsidentin erschlagen hätte, leitete Ruedi Friedli die Sitzung glamourös weiter und brachte das Ganze wieder in geordnete Bahnen. Im Namen des Gemeinderats möchte ich Ihnen für Ihr präsidiales Wirken während des Jahres 2013 sehr herzlich danken! Im Herbst wurden Sie zum neuen Präsidenten der Stadtberner SVP gewählt. Nachdem Sie ein Jahr lang den Berner Stadtrat geführt haben, wissen Sie ja, wie man mit renitenten Politikerinnen und Politikern umgehen muss, so dass Sie dieser Aufgabe bestens gewachsen sind! Lieber Ruedi Friedli, ich wünsche Ihnen alles Gute! Ich wünsche Ihnen allen frohe Festtage, eine besinnliche Adventszeit und einen guten Rutsch! *(Beifall)*

- Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 8 und 9. -

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Motion Fraktion GB/JA! (Leena Schmitter, GB/Lea Bill, JA!): Cannabis Social Clubs auch in Bern!
2. Motion Fraktion GFL/EVP (Susanne Elsener/Manuel C. Widmer, GFL): Schulkommissionsmitglieder-Wählen ernst genommen
3. Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Roland Jakob, SVP): Betonpoller, Poller, Strassenverengungen: neue Gefahrenstellen!
4. Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Kreditvorlagen: Zusammen was zusammen gehört! Keine Umgehung der Kreditkompetenzen! Klare Verantwortlichkeiten auch im Gemeinderat!
5. Interpellation Fraktion GB/JA! (Leena Schmitter, GB/Lea Bill, JA!): Wie stellt der Gemeinderat Unschuldsumutung und Persönlichkeitsschutz auch bei der Öffentlichkeitsfahndung im Internet sicher?
6. Interpellation Fraktion GFL/EVP (Susanne Elsener/Manuel C. Widmer, GFL): Wer füllt die Lücke nach der massiven Ausdünnung der KbF?
7. Interpellation Fraktion FDP (Jacqueline Gafner Wasem, FDP): Moonliner Region Bern: Weshalb schlagen die Tarife in Zone 1 (Stadtgebiet plus) überproportional auf?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 19.10 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsident: *Rudolf Friedli*

Die Protokollführerin: *Eva Schmid*